



DE



Die städtischen und regionalen Aspekte von Europa 2020

Siebter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen,
sozialen und territorialen Zusammenhalt

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden.***

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*): Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern
oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,
Server Europa (<http://europa.eu>).

Katalogisierungsdaten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2011

ISBN 978-92-79-21726-5

doi:10.2776/50601

Titelbild: © Generaldirektion Regionalpolitik

© Europäische Union, 2011

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF ELEMENTAR CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER (ECF)

Die städtischen und regionalen Aspekte von Europa 2020

**Siebter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen,
sozialen und territorialen Zusammenhalt**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Intelligentes Wachstum	7
2.1. Allgemeine und berufliche Bildung	7
2.2. Forschung und Innovation	7
2.3. Digitale Gesellschaft	9
2.4. Kreative Städte: Innovationsknotenpunkte	9
3. Nachhaltiges Wachstum	10
3.1. Ressourcenschonendes Europa	10
3.2. Nachhaltige Städte	11
4. Integratives Wachstum	13
4.1. Beschäftigung	13
4.2. Armut und Ausgrenzung	13
4.3. Integrative Städte: Das Paradoxon der Städte	14
5. Fazit	17
Anhang	18

Alle Daten, die den Karten und Schaubildern des siebten Fortschrittsberichts zugrunde liegen, können hier heruntergeladen werden:

https://circabc.europa.eu/d/d/workspace/SpacesStore/f1da14ce-c104-416a-8819-f3e841f4e504/7PR_data_map_charts.xls

Bitte beachten Sie, dass dieser Link möglicherweise mit bestimmten Versionen des Internet Explorer nicht funktioniert.
Bitte versuchen Sie es mit Chrome, Opera oder Firefox, falls Probleme auftreten.

Vorwort

Der siebte Fortschrittsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beleuchtet die städtischen und regionalen Aspekte der Strategie Europa 2020. Dieser Bericht wurde kurz nach der Veröffentlichung von Gesetzgebungsvorschlägen zur Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 angenommen. Diese Vorschläge unterstreichen den entscheidenden Beitrag der Kohäsionspolitik zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum und zu den Kernzielen von Europa 2020.

Dieser Bericht zeigt deutlich, dass sich Städte und Regionen unterschiedlichen Kombinationen aus Entwicklungsproblemen und Wachstumspotenzial gegenübersehen. Dies ist einer der Hauptgründe, warum die Kohäsionspolitik nach einem integrierter Ansatz arbeitet, der an die lokalen Bedürfnisse und Chancen angepasst werden kann.

In Städten sind einige der größten Widersprüche zu finden. Städte sind sehr produktiv, aber in den meisten Städten lag das Produktivitätswachstum unter dem nationalen Durchschnitt. Das Leben und Arbeiten in der Stadt ist weniger umweltbelastend, aber Stadtbewohner sind stärkeren Umweltbelastungen ausgesetzt. Städte bieten die größte Konzentration von Beschäftigungsmöglichkeiten, aber in vielen Mitgliedstaaten haben die Städte den höchsten Anteil an Arbeitslosenhaushalten.

Um die Erstellung der neuen kohäsionspolitischen Programme zu unterstützen, wird in diesem Bericht gemessen, wie weit die EU-Regionen von ihren nationalen 2020-Zielen entfernt sind. Dies bietet jeder Region eine Grundlage, die in Regionalentwicklungsstrategien, bei der Programmüberwachung und bei Evaluierungen verwendet werden kann.

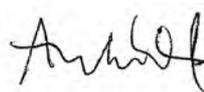
Diese Analyse bedeutet nicht, dass alle Regionen die nationalen 2020-Ziele erreichen können oder müssen. Dies ist weder realistisch noch wünschenswert. Die Bündelung von Forschung und Entwicklung beispielsweise kann starke, positive Ausstrahlungseffekte haben. Die Konzentration von Armut und Ausgrenzung dagegen kann die Benachteiligung verstärken und ihre Bekämpfung weiter erschweren. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, zu erkennen, wie die Kohäsionspolitik am stärksten zu positiven Veränderungen beitragen kann.

Abschließend ist festzustellen: Bei der nächsten Runde der Kohäsionspolitik sollten die Programme ihre Investitionsprioritäten unter Berücksichtigung ihrer Ausgangsbasis festlegen und sich auf Bereiche konzentrieren, in denen die Investitionen den größten Beitrag zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum leisten werden. So wird die Kohäsionspolitik zu der effizienten, ergebnisorientierten und integrierten Politik werden, die die Union braucht, um Ihre Strategie Europa 2020 zu verwirklichen.



Johannes Hahn

*Mitglied der Europäischen Kommission,
zuständig für Regionalpolitik*



László Andor

*Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig
für Beschäftigung, Soziales und Integration*

1 Einleitung

Im Juni 2010 billigte der Europäische Rat die Strategie Europa 2020, die EU Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die regionalen und lokalen Behörden können durch Maßnahmen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, einen wesentlichen Beitrag zu dieser Strategie leisten. In stärker dezentralisierten oder bundesstaatlich aufgebauten Mitgliedstaaten kommt diesem Aspekt eine ganz besondere Bedeutung zu.

Laut einer Reihe aktueller Studien ⁽¹⁾ kann die Wirksamkeit europäischer Strategien durch die Einbindung regionaler Behörden erhöht werden. Ein integrierter regionaler oder ortsbezogener Ansatz kann für Politiken mit ausgeprägten externen Effekten und in Ländern mit erheblichen internen Disparitäten wirksamer sein. Allerdings erfordert ein solcher Ansatz solide administrative und institutionelle Kapazitäten und angemessene nationale Rahmenbedingungen.

In ihrem fünften Kohäsionsbericht ⁽²⁾ schlug die Kommission vor, die regionale und städtepolitische Dimension der Kohäsionspolitik und ihr Partnerschaftsprinzip weiter zu stärken. In der anschließenden öffentlichen Debatte stießen diese Änderungen auf breite Zustimmung ⁽³⁾. Aus den Verordnungen für den Zeitraum 2014-2020 ⁽⁴⁾, die von der Kommission am 6. Oktober 2011 vorgelegt wurden, geht hervor, wie diese Änderungen vonstatten gehen sollen.

Die Kohäsionspolitik ist ein entscheidender Katalysator für die Umsetzung der Strategie Europa 2020 ⁽⁵⁾, kann sie doch auf eine lange Tradition bei der Ausgestaltung und Durchführung integrierter regionaler und städtepolitischer Programme in Partnerschaft mit regionalen und lokalen Behörden, Wirtschaftsakteuren, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zurückblicken. Sie kann die aktive Unterstützung regionaler und lokaler Behörden gewährleisten, die erforderlich ist, damit Europa 2020 gelingen kann.

Im vorliegenden Bericht wird analysiert, wie die Regionen und Städte im Kontext der Kohäsionspolitik zu drei Wachstumszielen der Strategie Europa 2020 beitragen können. Es wird aufgezeigt, wo sich die Städte und Regionen in Bezug auf die nationalen 2020-Ziele, die in den nationalen Reformprogrammen (NRP) festgehalten sind, befinden. Dieser Zielabstand hängt von den Disparitäten im Verhältnis zum ganzen Land, dem Anspruch des NRP und dem erwarteten Tempo des Wandels ab.

Bei dieser Analyse wird nicht vorausgesetzt, dass alle Regionen sämtliche nationalen oder EU-Ziele erreichen können oder sollen. Für einige Regionen ist der Abstand zum Ziel einfach zu groß. Im Übrigen ist es in bestimmten Bereichen gar nicht realistisch oder wünschenswert, dass alle Regionen dasselbe Ziel erreichen. So sind z. B. FuE stark konzentriert, u. a. wegen der Vorteile der Cluster-Forschung. Die Konzentration von Armut und Ausgrenzung hingegen hat viele negative Auswirkungen.

Kurz, die kohäsionspolitischen Programme sollten bei der Festlegung ihrer Investitionsprioritäten die Ausgangsposition der jeweiligen Region oder Stadt im Verhältnis zu den nationalen 2020-Zielen berücksichtigen und die Bereiche für Konzentrationen bestimmen, die gefördert werden sollen bzw. gegen die vorzugehen ist.

1. *An Agenda for a Reformed Cohesion Policy*, F. Barca, 2009. http://ec.europa.eu/regional_policy/archive/policy/future/barca_de.htm und *The balance between sectoral and integrated approaches and the involvement of sub-national levels in EU Member States*. http://ec.europa.eu/regional_policy/information/studies/index_de.cfm#2
2. Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, 2011. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion5/pdf/5cr_de.pdf
3. SEK(2011) 590. http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/5cr/pdf/5cr_result_sec2011590.pdf
4. Siehe KOM(2011) 615. http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/proposals_2014_2020_en.cfm#1
5. Siehe: *Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum* (KOM(2010) 2020). http://ec.europa.eu/europe2020/documents/related-document-type/index_de.htm

2 Intelligentes Wachstum

Im Rahmen des Ziels „Intelligentes Wachstum“ werden die Verbesserung der Bildung, die Förderung von FuE und Innovation sowie die Umstellung auf eine digitale Gesellschaft angestrebt. Durch Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung sowie in Forschung und Innovation kann die EU-Wirtschaft ihre Produktivität steigern und ihren Anteil am Weltmarkt aufrechterhalten oder ausbauen. Dies wiederum kann zur Schaffung von mehr und hochwertigen Arbeitsplätzen beitragen.

2.1. Allgemeine und berufliche Bildung

Das Humankapital ist ein Schlüsselfaktor für das regionale Wachstum⁽⁶⁾. Ein hohes Bildungsniveau begünstigt die Innovation, da die rasche Verbreitung und Absorbierung neuer Erkenntnisse und Verfahren erleichtert werden. Die Regionalentwicklung ist daher eng mit der Fähigkeit verknüpft, Humankapital hervorzubringen, zu halten und anzuziehen, – einer Fähigkeit, die von der Qualität der Bildungseinrichtungen und den Möglichkeiten des lebenslangen Lernens auf regionaler Ebene abhängt. Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung sollten Hand in Hand mit Politikreformen gehen, wie denjenigen, die in der Strategie für die allgemeine und berufliche Bildung bis 2020 („ET 2020“) vorgesehen sind.

Die Entwicklung und Anziehung von (unternehmerischen) Talenten⁽⁷⁾ ist zum Schlüssel für Wachstum geworden, mit dem das innovative Milieu und die Ansiedelung innovations- und wachstumsstarker Unternehmen⁽⁸⁾ in einer Region gefördert werden können.

Ziel von Europa 2020 ist es, den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss bis zum Jahr 2020 auf 40 % zu erhöhen. Bisher hat nur jede fünfte EU-Region dieses Ziel erreicht. Die Mitgliedstaaten haben sich selbst Ziele gesetzt, die zwischen 26 % und 60 % liegen. Die Regionen, die im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) für eine Finanzhilfe in Frage kommen, verzeichnen das beste Ergebnis (jede dritte Region), die Übergangsregionen⁽⁹⁾ schneiden durchschnittlich (jede

vierte Region), die Konvergenzregionen dagegen schlecht ab (jede zwanzigste Region).

Im Allgemeinen ist der Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss in den Hauptstädten und angrenzenden Regionen höher, von denen einige bereits das Europa-2020-Ziel erreicht haben. Für zahlreiche Regionen in Portugal, der Slowakei und Deutschland ist der Abstand zum nationalen Ziel erheblich (siehe [Anhang 1](#)).

Die Unterschiede beim Humankapital sind häufig zwischen den Regionen eines Mitgliedstaats größer als zwischen den Mitgliedstaaten. Daher müssen die nationalen Strategien durch regionale Politiken ergänzt werden. Laut einem vor kurzem erschienenen Bericht⁽¹⁰⁾ kann es wirkungsvoller sein, den Regionen vermehrt Entscheidungen über die Entwicklung von Humankapital zu überlassen.

Ziel von Europa 2020 ist es, die Schulabbrecherquote auf unter 10 % zu senken. In den meisten südlichen Regionen Europas ist dieser Prozentsatz erheblich höher. In Polen, Slowenien, der Slowakei, Österreich und der Tschechischen Republik ist er dagegen viel niedriger. Der Abstand zum nationalen Ziel ist in den spanischen und portugiesischen Regionen und in einigen Regionen Griechenlands, Italiens und Bulgariens am größten. Bei diesem Ziel schneiden die Konvergenzregionen besser ab als die anderen Regionen: Fast die Hälfte von ihnen hat das Ziel erreicht, während es nur jede vierte der RWB- und Übergangsregionen schaffte (siehe [Anhang 2](#)).

2.2. Forschung und Innovation

Mit der Leitinitiative „Innovationsunion“ wird die Bedeutung von Forschung und Innovation für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung des Wirtschaftswachstums betont. Den Regionen kommt aus zweierlei Gründen eine immer wichtigere Rolle bei der Innovationspolitik zu: Die regionale und die lokale Dimension finden in den nationalen Innovationsstrategien Berücksichtigung und der Innovation wird in den regionalen Entwicklungsstrategien zunehmend mehr Bedeutung beigemessen.

6. Siehe: *Regional Outlook*, Paris, OECD, 2011.

7. Siehe: *Sechster Zwischenbericht: Kreative und innovative Regionen* (KOM(2009) 295).

8. Hierbei handelt es sich um den neuen Innovationsindikator der Strategie Europa 2020.

9. Phasing-in- und Phasing-out-Regionen werden zusammengefasst als Übergangsregionen, da beide eine Übergangsunterstützung erhalten.

10. *Human Capital Leading Indicators*. Lisbon Council Policy Brief, Vol. V, No. 1, P. Ederer et al., Brüssel, 2011.

<http://www.lisboncouncil.net/publication/publication/64-leadingindicators.html>

Forschung und Entwicklung sind zwar in der Regel in einigen wirtschaftlich erfolgreichen Regionen konzentriert, gleichwohl gibt es europaweit ein breites Spektrum von Entwicklungspfaden. Auch die institutionellen Rahmenbedingungen für Innovationsmaßnahmen sind in Bezug auf die Kompetenzen der Regionalregierungen, die Abstimmung zwischen Verwaltungs- und Funktionalregionen und die regionenübergreifenden Beziehungen äußerst unterschiedlich.

Einige regionale Innovationsstrategien sind zu stark auf Wissenschaft und Technik ausgerichtet, für die ein gewisser Umfang oder eine kritische Masse von Aktivitäten erforderlich ist, die nicht in allen Regionen gegeben sind. Innovation geht jedoch weit über Wissenschaft und Technik hinaus und beinhaltet auch Prozess- und Betriebsinnovation, Kreativität und Design.

Eine regionale Innovationsstrategie sollte eine eingehende Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der jeweiligen Region und ein Benchmarking mit vergleichbaren Regionen umfassen. Die Strategie sollte alle Dimensionen der Innovation abdecken und die wichtigsten regionalen Akteure in die Festlegung von Zielen und des geeigneten Policy-Mix einbinden. Humankapital ist eine wichtige Innovationsquelle.

Das Maß an technischer Innovation und das Tempo ihrer Verbreitung und Absorbierung sind in der EU von Region zu Region sehr unterschiedlich⁽¹¹⁾. Die Regionen mit dem höchsten Innovationspotenzial befinden sich in Nordeuropa, in der Regel in den innovativsten Ländern. Gleichwohl liegen auch in weniger entwickelten Ländern einige Regionen über dem nationalen Niveau, so dass sich ein Gesamtbild einer starken Konzentration technologischen Know-hows in einigen wenigen Regionen in ganz Europa ergibt.

Gemäß dem Europa-2020-Ziel sollen 3 % des BIP für FuE angewendet werden und die Mitgliedstaaten haben für FuE-Investitionen nationale Ziele festgelegt. 2009 machten die FuE-Ausgaben 2 % des BIP in der EU der 27 aus. FuE sind in der Regel in Kerngebieten wie Hauptstadt- und Metropolregionen konzentriert. Im Jahr 2008 lagen die Ausgaben in 24 von 159 RWB-Regionen über dem Europa-2020-Ziel, während dies nur in einer von 84 Konvergenzregionen und in keiner einzigen der Übergangsregionen der Fall war. Die FuE-Ausgaben der Konvergenzregionen betragen im Durchschnitt lediglich 0,9% ihres BIP (siehe [Tabelle 1](#)). Die RWB-Regionen, die über dem Europa-2020-Ziel liegen, befinden sich vorwiegend in Nordeuropa (Deutschland, UK, Schweden und Finnland), in Österreich und in Hauptstadtregionen wie Hovedstaden (Kopenhagen) und

Tabelle 1: Indikatoren nach Art der Region

Indikator	Jahr	Konvergenz	Übergang	RWB	EU
Personen mit Hochschulabschluss im Alter von 30 bis 34 Jahren (in %)	2007-10	25	33	37	32
Schulabbrecher im Alter von 18 bis 24 Jahren (in %)	2008-10	13	18	14	14
FuE in % des BIP	2008	0,9	1,0	2,0	1,9
Erwerbstätigenquote bei 20- bis 64-Jährigen (in %)	2010	63	64	72	69
Arbeitslosenquote (in %)	2010	12	15	7,9	9,7
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung* (in %)	2009	31	25	19	23
Erhebliche materielle Deprivation* (in %)	2009	16	7,5	4,3	8,1
Armutsgefährdung** (in %)	2009	21	18	14	16
Niedrige Erwerbstätigkeit* (in %)	2009	6,7	7,3	7,0	9,0
Index des Pro-Kopf-BIP (in KKS)	2008	62	93	120	100
Index der Änderung des Pro-Kopf-BIP	2000-2008	8,6	4,7	-6,1	0

* Für DE, FR, NL, PT, RO, und UK lagen nur nationale Daten und für BE, EL und HU nur Daten auf NUTS 1-Ebene vor.

** Für Portugal wurden NUTS 2-Daten von 2005 herangezogen.

11. Siehe: *The regional impact of technological change in 2020* (R.Wintjes und H. Hollanders, 2010).
http://ec.europa.eu/regional_policy/information/studies/index_de.cfm#1

Île-de-France (Paris). Im Jahr 2008 haben europaweit nur 16 Regionen die nationalen 2020-Ziele erreicht. Somit sind in allen Mitgliedstaaten erhebliche Anstrengungen erforderlich, damit die einschlägigen nationalen Ziele erreicht werden können (siehe [Anhang 3](#)).

2.3. Digitale Gesellschaft

Die Digitale Agenda für Europa⁽¹²⁾ fördert die rasche Entwicklung digitaler Technik und eine integrative digitale Gesellschaft. Die Verfügbarkeit von Hochgeschwindigkeitsnetzen ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit, da sie den Ausschlag dafür gibt, ob sich die Regionen in der globalen wissensbasierten Wirtschaft und Technologie sowie auf dem wissensbasierten Weltmarkt behaupten und davon profitieren können.

Laut dem Anzeiger zur Digitalen Agenda (Scoreboard) 2011 lag die Breitband-(DSL-)Versorgung im Jahr 2010 bei 95 % der Gesamtbevölkerung. In ländlichen Gebieten ist die Versorgung wesentlich weniger flächendeckend (83 %), was für verschiedene Länder, in denen weniger als 60 % der ländlichen Bevölkerung Breitbandzugang haben (Bulgarien, Slowakei, Polen und Rumänien), eine Herausforderung darstellt. Allerdings ist die Diskrepanz zwischen städtischen und ländlichen Gebieten⁽¹³⁾ in den letzten Jahren kleiner geworden (z. B. in Rumänien und Zypern). Dennoch bedarf es weiterer Investitionen, um die Breitbandziele zu erreichen.

Die Nutzung der Netze für private und öffentliche elektronische Dienste nimmt ebenfalls zu, allerdings beteiligt sich nach wie vor nur ein relativ geringer Teil der EU-Bevölkerung daran. 2010 interagierten lediglich 41 % der Bevölkerung online mit den Behörden und nur 40 % kauften online Waren und Dienstleistungen ein. Der Prozentsatz des Umsatzes, den die Unternehmen online erzielten, stieg von 8,6% (2004) auf nahezu 14% (2010), was den Trend zu einem zunehmend dynamischen Wachstum in diesem Bereich bestätigt. Allerdings müssen auf dem Weg zum digitalen Binnenmarkt noch erhebliche Hindernisse beseitigt werden.

2.4. Kreative Städte: Innovationsknotenpunkte

Die Städte sind seit jeher Zentren der Spezialisierung und der Innovation. So ist eine hohe Konzentration der Patentierungstätigkeit in einigen wenigen Metropolregionen⁽¹⁴⁾ festzustellen (siehe [Anhang 4](#)). Angesichts der hohen Konzentration der innovativen Tätigkeit in den Städten stellt die volle Ausschöpfung ihres Potenzials eine der wichtigsten Quellen für die Stärkung der Innovation in den Konvergenz- und den RWB-Regionen dar. In nahezu allen Mitgliedstaaten ist der Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss in den Städten höher als in den anderen Gebieten. In 22 Mitgliedstaaten ist in den Städten der Anteil um 10 bis 25 Prozentpunkte höher (siehe [Abbildung 1](#)).

Die Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen und deren Nutzung ist in städtischen Gebieten tendenziell höher als in ländlichen Gebieten⁽¹⁵⁾, allerdings ist in Ländern mit weitgehend flächendeckender Breitband-Versorgung praktisch kein Unterschied mehr festzustellen. Auch die superschnellen Zugangsnetze der nächsten Generation dürften zuerst in den Großstädten eingeführt werden.

Die Innovationskraft der Städte lässt sich auch anhand ihrer Produktivität belegen. Drei von vier Ballungsgebieten in der EU haben ein höheres Produktivitätsniveau als die anderen Regionen des jeweiligen Landes. Höhere Produktivität sollte jedoch nicht mit höherem Produktivitätswachstum gleichgesetzt werden. Im Zeitraum 2000-2008 verzeichneten lediglich zwei von fünf Ballungsgebieten ein höheres Produktivitätswachstum als die anderen Regionen des jeweiligen Landes.

Der komparative Vorteil von Metropolregionen ist in den Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas am größten, wo die Ballungsgebiete häufig ein Produktivitätsniveau haben, das mehr als doppelt so hoch ist wie im Rest des Landes. Allerdings trifft dies oft nur auf die Hauptstadtregion zu, während die Produktivität in sekundären Wachstumspolen⁽¹⁶⁾ weiter hinter derjenigen der Hauptstadtregion zurückbleibt als in stärker entwickelten Mitgliedstaaten.

12. http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/publications/index_en.htm

13. In der EU leben 47 % der Bevölkerung in städtischen Gebieten oder in Großstädten, 25 % in mittleren und Kleinstädten und Vororten und 28 % in ländlichen Gebieten (auf der Grundlage der Klassifikation des Urbanisierungsgrads).

14. Metropolregionen sind eine oder mehrere NUTS-3-Regionen mit insgesamt mehr als 250 000 Einwohnern.

Näheres siehe *Regional Focus 01/2011*. L. Dijkstra und H. Poelman, 2011. http://ec.europa.eu/regional_policy/information/focus/index_de.cfm

15. Siehe: *Eurostat Jahrbuch der Regionen 2011*, Kapitel 16.

16. Siehe: Zwischenbericht des Europäischen Beobachtungsnetzes für Raumordnung (ESPON) über sekundäre Wachstumspole.

3 Nachhaltiges Wachstum

Das Ziel „Nachhaltiges Wachstum“ besteht darin, die Ressourceneffizienz zu erhöhen⁽¹⁷⁾ und dazu beizutragen, dass der Wohlstand in der EU in einer CO₂-armen Welt wächst, Umweltschäden und der Verlust der biologischen Vielfalt vermieden werden sowie die Wirtschaft wettbewerbsfähiger wird. Gefördert werden sollen eine größere Wassereffizienz und die Nutzung von Abfällen als Ressource. Das Ziel beinhaltet auch die Bekämpfung des Klimawandels und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Territorien gegenüber klimatischen Risiken, u. a. durch Verringerung der Treibhausgasemissionen, Förderung erneuerbarer Energien und effizientere Energieversorgungssysteme.

3.1. Ressourcenschonendes Europa

Die Strategie Europa 2020 strebt eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % (bzw. 30 %, wenn die Bedingungen dies zulassen) gegenüber 1990 sowie eine Steigerung der Energieeffizienz und des Verbrauchs erneuerbarer Energien um jeweils 20 % an.

Im Rahmen der „Entscheidung über die Verteilung der Anstrengungen“⁽¹⁸⁾ haben die Mitgliedstaaten verschiedene Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und Obergrenzen für den Emissionsanstieg festgelegt (siehe [Anhang 5](#)). Einige haben ihr Ziel bereits erreicht und brauchen ihr geringeres Emissionsniveau nur zu halten. Griechenland z. B. hat sich verpflichtet, die Emissionen um 4 % gegenüber 2005 zu senken und konnte 2009 bereits eine Verringerung um nahezu 7 % verzeichnen. Andere Mitgliedstaaten, die sich verpflichtet haben, den Emissionsanstieg zu begrenzen, konnten die Emissionen *de facto* sogar reduzieren, wie etwa die Slowakei, die zugesagt hat, den Anstieg auf 13 % zu begrenzen, die Emissionen jedoch in der Praxis um 12 % senken konnte.

Einige andere Mitgliedstaaten dagegen müssen ihre Treibhausgasemissionen erheblich verringern. Irland, Dänemark und Luxemburg z. B. müssen ihre Emissionen noch um mehr als 10 Prozentpunkte senken, um ihr Ziel zu erreichen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Verbrauch erneuerbarer Energie (siehe [Anhang 6](#)). Der Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch schwankt zwischen 44 % (Schweden) und 0,2 % (Malta). Alle Mitgliedstaaten, ausgenommen Lettland und Slowenien, haben ihren Verbrauch an erneuerbarer Energie gesteigert, wobei in Österreich, Estland und Rumänien ein besonders starker Anstieg zu verzeichnen ist.

Einige Mitgliedstaaten sind nahe an dem Ziel, das sie im Rahmen des Klima- und Energiepakets festgelegt haben. So muss Schweden z. B. den Anteil erneuerbarer Energien nur noch um weitere 4,6 Prozentpunkte erhöhen, um sein Ziel von 49 % bis 2020 zu erreichen. Bei anderen Mitgliedstaaten dagegen ist der Abstand zum Ziel noch viel größer und es bedarf zusätzlicher Anstrengungen, damit es fristgerecht erreicht werden kann. Das Vereinigte Königreich und Irland etwa streben an, ihren Anteil an erneuerbaren Energien bis 2020 um 13 bzw. 12 Prozentpunkte zu erhöhen.

Nachhaltiges Wachstum hat eine wichtige regionale Dimension. Regionale Merkmale haben einen direkten Einfluss darauf, inwieweit EU-Regionen erneuerbare Energie erzeugen können. So hängt z. B. die Erzeugung von Solar- und Windenergie stark vom Standort ab. Küstenregionen haben in der Regel ein höheres Windenergiepotenzial, während in südlichen Regionen aufgrund der höheren Anzahl von Sonnentagen das Sonnenenergiepotenzial höher ist. Die Weiterleitung erneuerbarer Energie aus Regionen mit hohem Potenzial in Regionen mit hoher Nachfrage erfordert die Entwicklung besserer und intelligenterer Energienetze.

17. Siehe: *Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa* (KOM(2011) 571).

18. Im Rahmen des Klima- und Energiepakets soll das Ziel für die Emissionsreduktion insgesamt durch (1) das EU-Emissionshandelssystem (EHS) und (2) die „Entscheidung über die Verteilung der Anstrengungen“ erreicht werden. In dieser Entscheidung sind für den Zeitraum 2013-2020 verbindliche nationale Jahreszielvorgaben für die Treibhausgasemissionen aus nicht unter das EHS fallenden Sektoren – Transport, Bauwesen, Land- und Abfallwirtschaft – festgelegt, wobei 2005 als Basisjahr gilt. Kohäsionspolitische Maßnahmen können bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen in diesen Sektoren eine Rolle spielen, sollten jedoch die bereits durch das EHS abgedeckten Emissionsreduktionen nicht unterstützen.

Die Regionen können die Treibhausgasemissionen senken, indem sie umweltfreundlichere öffentliche Verkehrsträger fördern und auf nachhaltigere Verkehrsträger umstellen. Initiativen zur Förderung eines umweltfreundlicheren und effizienteren Verkehrs müssen den lokalen Kontext berücksichtigen: In Regionen, in denen die Infrastruktur noch mangelhaft ist, muss diese im Fokus stehen, während in anderen Regionen der Schwerpunkt auf die Attraktivität nachhaltiger Verkehrsträger und die Nachfragesteuerung gelegt werden muss.

Die Regionen können entscheidend zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen. Dies trifft insbesondere auf den Gebäudebereich zu, wo die Maßnahmen den lokalen Gegebenheiten und Klimabedingungen Rechnung tragen müssen. In städtischen Gebieten werden wahrscheinlich andere Maßnahmen als in ländlichen Gebieten und in Ortschaften mit altem Gebäudebestand andere Maßnahmen ergriffen als in Ortschaften mit moderneren Bauten. Das Ziel bleibt jedoch immer dasselbe, nämlich die Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz in Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften.

3.2. Nachhaltige Städte

Die Städte spielen eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels, nicht nur weil sich hier ein großer Teil der Bevölkerung und ein noch größerer Anteil der Wirtschaftstätigkeit konzentrieren, sondern auch weil es ressourcenschonender ist, in der Stadt zu arbeiten und zu wohnen. Stadtbewohner haben kürzere Anfahrten zum Arbeitsplatz und gehen eher zu Fuß, fahren mit dem Fahrrad oder benutzen öffentliche Verkehrsmittel. So ist in der EU z. B. bei Haushalten in städtischen Gebieten die Wahrscheinlichkeit dreimal höher, dass Strecken ausschließlich zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden (siehe [Abbildung 2](#)). Im Allgemeinen wohnen sie in Wohnungen oder Stadthäusern, für deren Beheizung und Kühlung weniger Energie benötigt wird. Außerdem sind Fernwärmenetze in dicht besiedelten Stadtvierteln effizienter.

Die Energieendnachfrage in der EU war in ländlichen Gebieten pro Kopf um 40% höher als in städtischen Gebieten⁽¹⁹⁾. Dieser Unterschied ist zum großen Teil auf eine rationellere Energienutzung in den Städten zurückzuführen⁽²⁰⁾. Unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz sollten Maßnahmen gefördert werden, die das Wohnen und Arbeiten in der Stadt attraktiver machen.

Da ein hoher Anteil der CO₂-Emissionen auf die Städte entfällt, sollte die Ressourceneffizienz der Städte weiter erhöht werden. Es ist daher entscheidend, dass die Städte bei der Bekämpfung des Klimawandels Bestandteil der Lösung sind. Die Maßnahmen sollten darauf abstellen, Verkehrsüberlastung zu reduzieren, den nicht motorisierten Verkehr zu fördern und die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden zu verbessern⁽²¹⁾. Auf diese Weise könnten auch die Luftqualität, die ja in den Städten schlechter ist, und die Gesundheit der Stadtbewohner verbessert werden. Allerdings ist darauf zu achten, dass diese Maßnahmen nicht zu einer Zersiedelung führen und Arbeitsplätze und Einwohner in die Randbezirke der Städte abwandern.

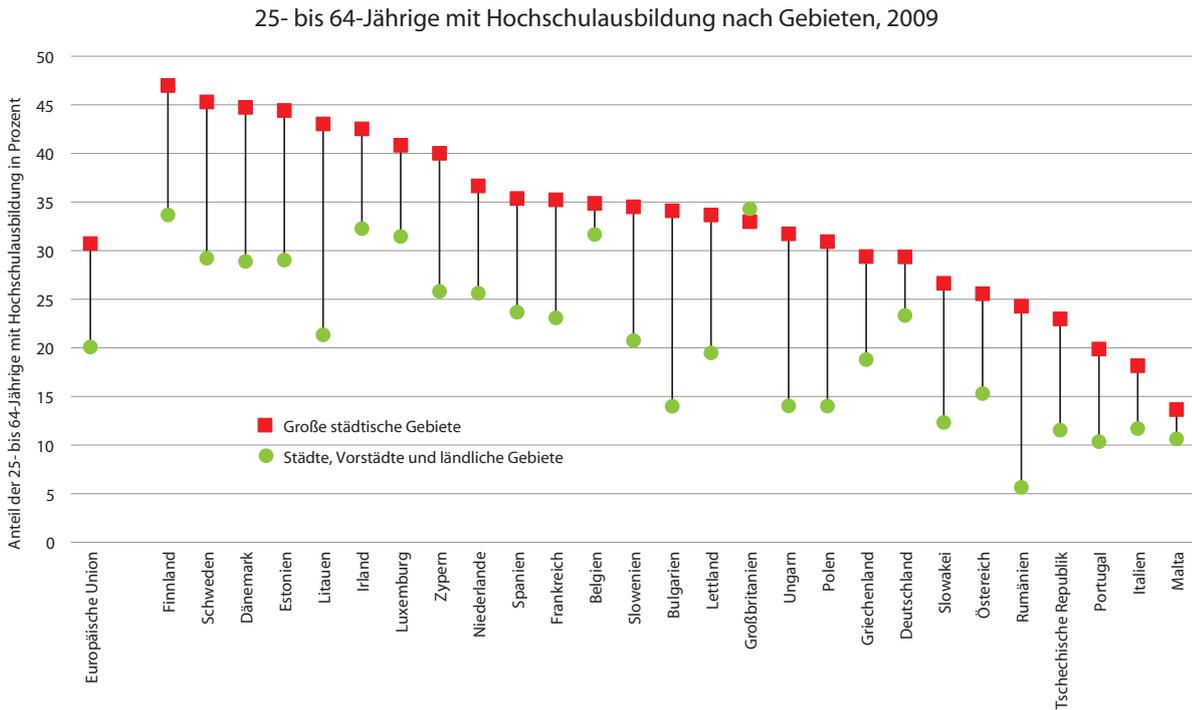
Der Konvent der Bürgermeister/innen verpflichtet die Städte, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mehr als 20% zu senken; unterzeichnet haben den Konvent über 2 500 Bürgermeister/innen aus ganz Europa, die mehr als 125 Mio. Einwohner vertreten. Die Initiative „Intelligente Städte und Gemeinden“, die sich u. a. auf diesen Konvent stützt, wird ein umfassenderes Konzept zur Bewältigung der Herausforderungen für die Städte in den Bereichen Energie, Transport und IKT ausarbeiten.

19. *World Energy Outlook 2008*, IEA, Paris, 2008.

20. Der verbleibende Teil dürfte auf einen höheren Anteil an energieintensiven Verarbeitungsbetrieben in den ländlichen Gebieten zurückzuführen sein.

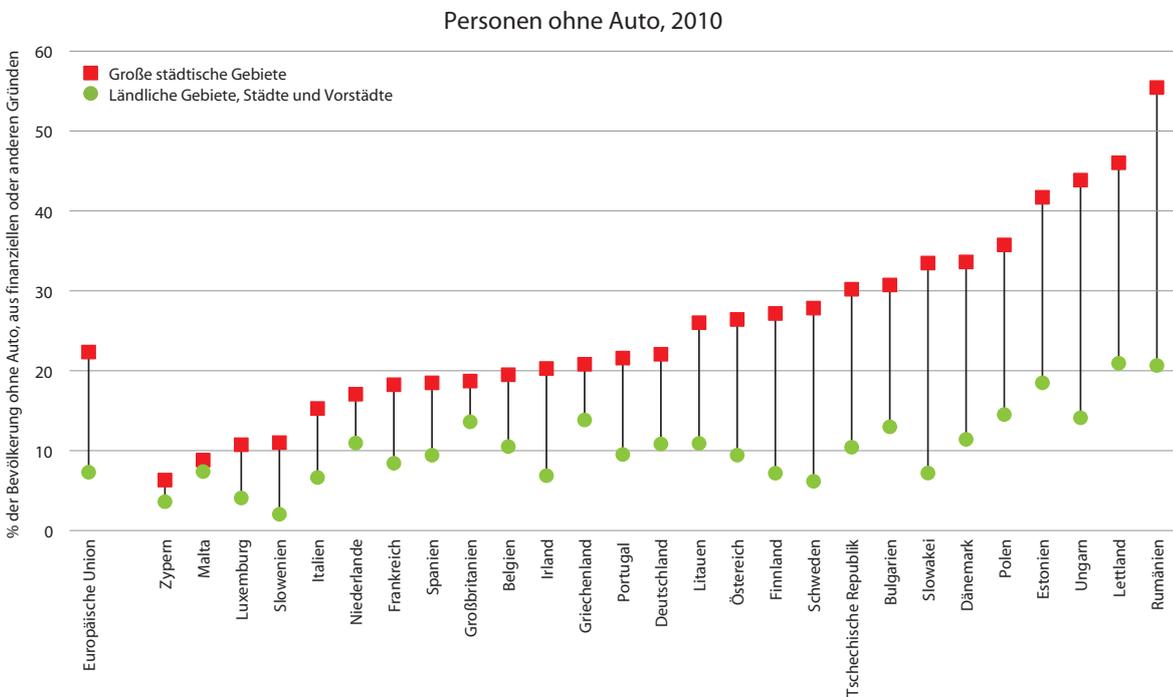
21. *Green Metropolis*, D. Owen. Riverhead, 2009; *Triumph of the City*, E. Glaeser. The Penguin Press, 2011.

Abbildung 1: Hochschulausbildung nach Gebieten, 2009



Quelle: Eurostat AKE, Rangfolge der MS nach dem Anteil in großen städtischen Gebieten.
Gebiete nach dem Grad der Verstädterung: große städtische Gebiete = große Bevölkerungsdichte; Städte und Vorstädte = mittel; ländliche Gebiete = geringe Bevölkerungsdichte.

Abbildung 2: Zugang zu einem Auto nach Gebieten, 2009



Quelle: Eurostat SILC, Rangfolge der MS nach dem Anteil in großen städtischen Gebieten.
Gebiete nach dem Grad der Verstädterung: große städtische Gebiete = große Bevölkerungsdichte; Städte und Vorstädte = mittel; ländliche Gebiete = geringe Bevölkerungsdichte.

4 Integratives Wachstum

Die Strategie Europa 2020 ist stark auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, Kompetenzen und die Arbeitsmarktreform ausgerichtet und strebt ausdrücklich den Abbau von Armut und Ausgrenzung an. Ziel ist es, die Beschäftigungsquoten zu steigern und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem für Frauen, junge Menschen und ältere Arbeitskräfte. Darüber hinaus sollen Migranten besser in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Durch Investitionen in Kompetenzen und Weiterbildung sowie durch Modernisierung der Arbeitsmärkte und der Sozialschutzsysteme sollen die Menschen befähigt werden, Veränderungen zu antizipieren und zu bewältigen.

4.1. Beschäftigung

Die Strategie Europa 2020 zielt darauf ab, bis 2020 die Beschäftigungsquote bei den 20- bis 64-Jährigen auf 75 % anzuheben. Die Mitgliedstaaten haben nationale Ziele festgelegt, die zwischen 62,9 % (Malta) und 80 % (Dänemark und Schweden) schwanken.

Voraussichtlich werden nicht alle Regionen die EU- oder nationalen Beschäftigungsziele erreichen, da sie äußerst unterschiedliche Ausgangspositionen haben. Nach einem Rückgang infolge der Wirtschaftskrise lag die Beschäftigungsquote in den Konvergenzregionen im Jahr 2010 bei lediglich 63 %. Nur zwei Konvergenzregionen erreichten 2010 das EU-Ziel von 75 %. Wenn das 2020-Ziel in allen Konvergenzregionen erreicht werden sollte, müssten 11 Millionen Menschen⁽²²⁾ einen Arbeitsplatz finden. Die Übergangsregionen haben mit 64 % ebenfalls eine niedrige Beschäftigungsquote und es fehlen drei Millionen Arbeitsplätze im Hinblick auf das EU-Ziel. Die RWB-Regionen verzeichnen mit 72 % eine beträchtlich höhere Beschäftigungsquote, da jedoch 60 % der EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in diesen Regionen leben, wären dennoch 9,4 Millionen Arbeitsplätze erforderlich, um dort das Ziel zu erreichen⁽²³⁾.

Beschäftigungsquoten unter 60 % sind in Regionen in Südspanien und Süditalien sowie in einigen Regionen Rumäniens und Ungarns zu verzeichnen (siehe [Anhang 7](#)). Zahlreiche Regionen in Deutschland, im Vereinigten Königreich, in den

Niederlanden, Dänemark, Schweden und Österreich haben bereits das Ziel von 75 % erreicht. Um sicherzustellen, dass die EU bis 2020 das Ziel von 75 % erreicht, müssen vor allem die Länder und Regionen mit derzeit niedrigen Beschäftigungsquoten merkliche Fortschritte erzielen; gefragt ist jedoch auch der Beitrag der Länder und Regionen mit Beschäftigungsquoten, die bereits bei knapp 75 % oder darüber liegen.

Die jüngste Krise trieb auch die Arbeitslosenquoten rasch in die Höhe (siehe [Anhang 8](#)). In den drei baltischen Staaten und in sieben spanischen Regionen stiegen die Arbeitslosenquoten um 10 bis 18 Prozentpunkte. Der niedrigste Anstieg der Arbeitslosigkeit war in den RWB-Regionen zu verzeichnen (1,8 Prozentpunkte). Die Konvergenzregionen verzeichneten dagegen einen stärkeren Anstieg (2,8 Prozentpunkte). Mit 6,4 Prozentpunkten stiegen die Arbeitslosenquoten allerdings am dramatischsten in den Übergangsregionen. Ungeachtet des allgemeinen Anstiegs ging die Arbeitslosigkeit in 52 Regionen zurück, am deutlichsten in Deutschland sowie in einigen Regionen Polens, Frankreichs, Finnlands und Österreichs.

4.2. Armut und Ausgrenzung

Gemäß der Strategie Europa 2020 soll die Zahl der durch Armut oder Ausgrenzung gefährdeten Personen bis zum Jahr 2020 um 20 Millionen gesenkt werden, das entspricht einer Reduzierung auf EU-Ebene von 23 % auf 19 %. Der von Armut oder Ausgrenzung bedrohte Bevölkerungsanteil liegt in drei bulgarischen Regionen bei über 50 % und in Sizilien bei 49 % (siehe [Anhang 9](#)). Die niedrigsten Quoten (10 % oder weniger) verzeichnen die Regionen Åland, Trient, Navarra und Prag.

Die Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote wird anhand von drei Indikatoren erfasst: (1) Einkommen unter der nationalen Einkommensarmutsschwelle (nach Sozialtransferleistungen), (2) erhebliche materielle Deprivation und (3) Leben in einem Haushalt mit niedriger Erwerbsintensität (Begriffsbestimmung siehe [Anhang 9](#)). Der erste Indikator ist ein relativer Armutsindikator, denn er gibt Aufschluss über den Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen, das weniger

22. Anzahl von Arbeitsplätzen, die erforderlich ist, damit alle Konvergenzregionen eine Beschäftigungsquote von mindestens 75 % verzeichnen können. Um eine Beschäftigungsquote von 75 % in allen EU-Regionen zu erreichen, sind 23 Millionen Arbeitsplätze erforderlich. Die Anzahl, die erforderlich ist, um dieses Ziel auf EU-Ebene zu erreichen, ist niedriger (17,6 Millionen), da Regionen mit Beschäftigungsquoten über 75 % für Regionen mit niedrigeren Quoten kompensieren können.

23. Schätzungen aufgrund der derzeitigen Zahl der Arbeitsplätze und der regionalen Bevölkerungszahlen laut Prognose von Eurostat.

als 60 % des nationalen Medianeinkommens beträgt. Folglich würde eine Person, die im Vereinigten Königreich als armutsgefährdet gilt, mit demselben Einkommen in Bulgarien nicht als arm eingestuft. Der zweite Indikator ist ein absoluter Gradmesser für die Armut, da er für alle Mitgliedstaaten dieselben neun wesentlichen Merkmale zugrunde legt. Dieser Indikator hängt eng mit dem Entwicklungsniveau eines Landes zusammen. Im Jahr 2009 bewegte er sich zwischen 32 % (Rumänien) und 1 % (Luxemburg). Der dritte Indikator misst die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt. Er hängt nicht mit dem Pro-Kopf-BIP oder gar den Beschäftigungsquoten zusammen. 2009 war er in Irland und im Vereinigten Königreich am höchsten und in Estland und Zypern am niedrigsten.

Die Armutsgefährdungsquote hat eine starke regionale Dimension, die sich nicht durch persönliche Merkmale wie Bildung, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Alter erklären lässt. Schätzungen in Bezug auf die regionale Armut, die sich auf diese Faktoren stützen, unterschätzen erheblich die regionalen Unterschiede in puncto Armut. Dies bedeutet, dass die Armutsgefährdungsquote nicht nur vom Bildungsniveau oder Erwerbsstatus einer Person abhängt, sondern auch davon, wo sie lebt („Wohnorteffekt“).

Die Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote ist leider in einigen großen Mitgliedstaaten nicht auf regionaler NUTS 2- oder NUTS 1-Ebene verfügbar. Da die Kohäsionspolitik darauf abstellt, einen substanziellen Beitrag zum Abbau von Armut und Ausgrenzung zu leisten, vor allem in den weniger entwickelten Regionen, ist eine regionale Benchmark von entscheidender Bedeutung, um die Wirkung dieser Politik zu überwachen und zu bewerten. Schätzungen zufolge schneiden die Konvergenz- und die Übergangsregionen bei der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung und bei zwei der drei einschlägigen Faktoren erheblich schlechter ab als die RWB-Regionen (siehe [Tabelle 1](#)).

4.3. Integrative Städte: Das Paradoxon der Städte

Die städtepolitische Dimension des integrativen Wachstums steht in umgekehrter Relation zum wirtschaftlichen Entwicklungsstand: In den stärker entwickelten Mitgliedstaaten sind die Städte in der Regel weniger integrativ.

In stärker entwickelten Mitgliedstaaten verzeichnen die städtischen Gebiete häufig einen erheblich höheren Anteil von Personen, die in einem Erwerbslosenhaushalt leben (siehe [Abbildung 3](#)). Hier sind auch die Arbeitslosenquoten höher und die Beschäftigungsquoten niedriger. Im Vereinigten Königreich, in Portugal, Frankreich, Österreich und Belgien liegen die Arbeitslosenquoten in den Städten um drei bis fünf Prozentpunkte höher ⁽²⁴⁾.

Die Tatsache, dass ein hoher Anteil von Personen in Gebieten mit der höchsten Konzentration von Beschäftigungsmöglichkeiten (Städte) vom Arbeitsmarkt abgeschnitten ist, wurde in den zwei Berichten über die Lage europäischer Städte ⁽²⁵⁾ als Paradoxon der Städte bezeichnet.

Die erhebliche materielle Deprivation und die Armutsgefährdungsquote ⁽²⁶⁾ (siehe [Abbildungen 4 und 5](#)) sind in städtischen Gebieten zahlreicher stärker entwickelter Mitgliedstaaten tendenziell höher und zwar trotz der höheren Durchschnittseinkommen. In Belgien, Österreich und im Vereinigten Königreich ist die erhebliche materielle Deprivation in städtischen Gebieten um drei bis fünf Prozentpunkte höher als im Rest des Landes. In Forschungsarbeiten ⁽²⁷⁾ wurden große (und zunehmende) Einkommensunterschiede in den Städten aufgezeigt.

Dennoch ist das Leben in einem städtischen Gebiet in einem weniger entwickelten Mitgliedstaat mit mehr Vorteilen verbunden als das Leben in einem ländlichen Gebiet oder in einer Kleinstadt. Die städtischen Gebiete in diesen Mitgliedstaaten weisen tendenziell höhere Beschäftigungsquoten und niedrigere Anteile von Erwerbslosenhaushalten, von materiell stark unterversorgten Personen und von armutsgefährdeten Personen auf. Des Weiteren sind die Durchschnittseinkommen weitaus höher. So sind in Lettland, Bulgarien, Polen und Rumänien die Durchschnittseinkommen in den städtischen Gebieten zwischen 40 % und 70 % höher als im Rest des Landes. Diese Zahlen zeigen, dass die Armut in den ländlichen Gebieten konzentriert ist, eine Situation, die häufig noch durch einen mangelhaften Zugang zu Dienstleistungen erschwert wird ⁽²⁸⁾.

24. Laut Städtaudit sind diese höheren Arbeitslosenquoten nicht gleichmäßig über alle Städte verteilt, sondern betreffen einige Städte und Stadtviertel stärker als andere.

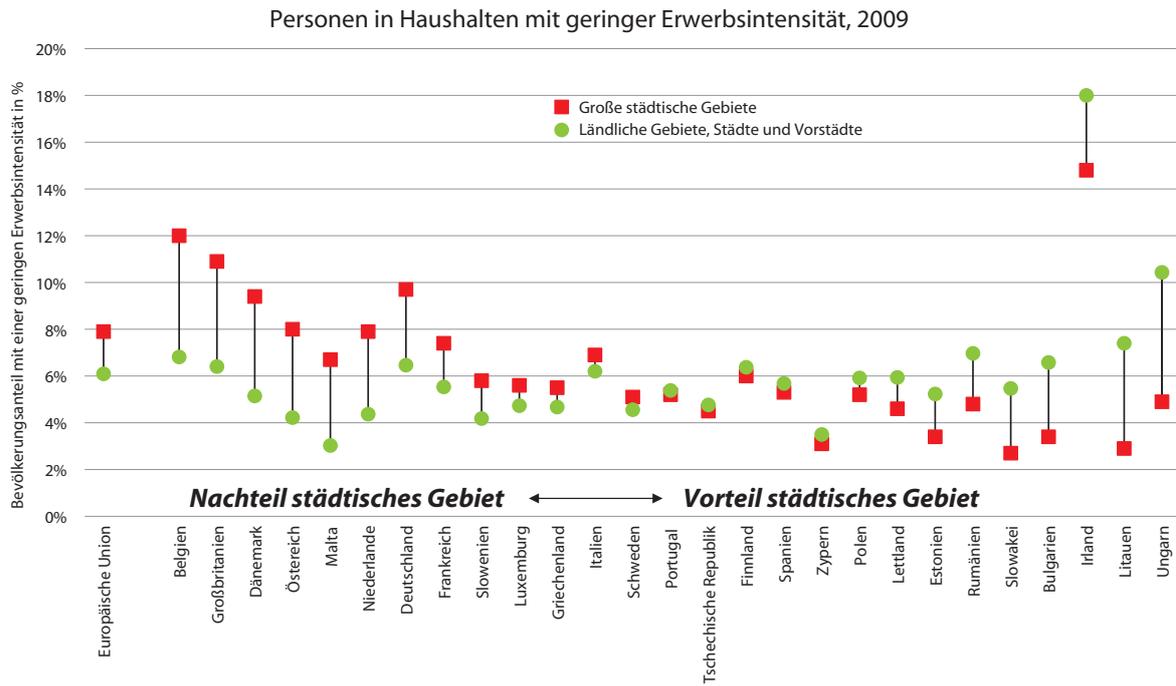
25. *Bericht über die Lage der europäischen Städte*, Kommission, 2007 und 2010. http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/urban/audit/index_de.cfm

26. Dies ist insofern besonders bemerkenswert, als die Armutsgefährdungsquote nicht die höheren Lebenshaltungskosten in städtischen Gebieten berücksichtigt, was bedeutet, dass diese Quote für Städte wahrscheinlich zu niedrig angesetzt ist.

27. Siehe z. B. ESPON-Studie FOCl (Future Orientations for Cities): http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_AppliedResearch/foci.html

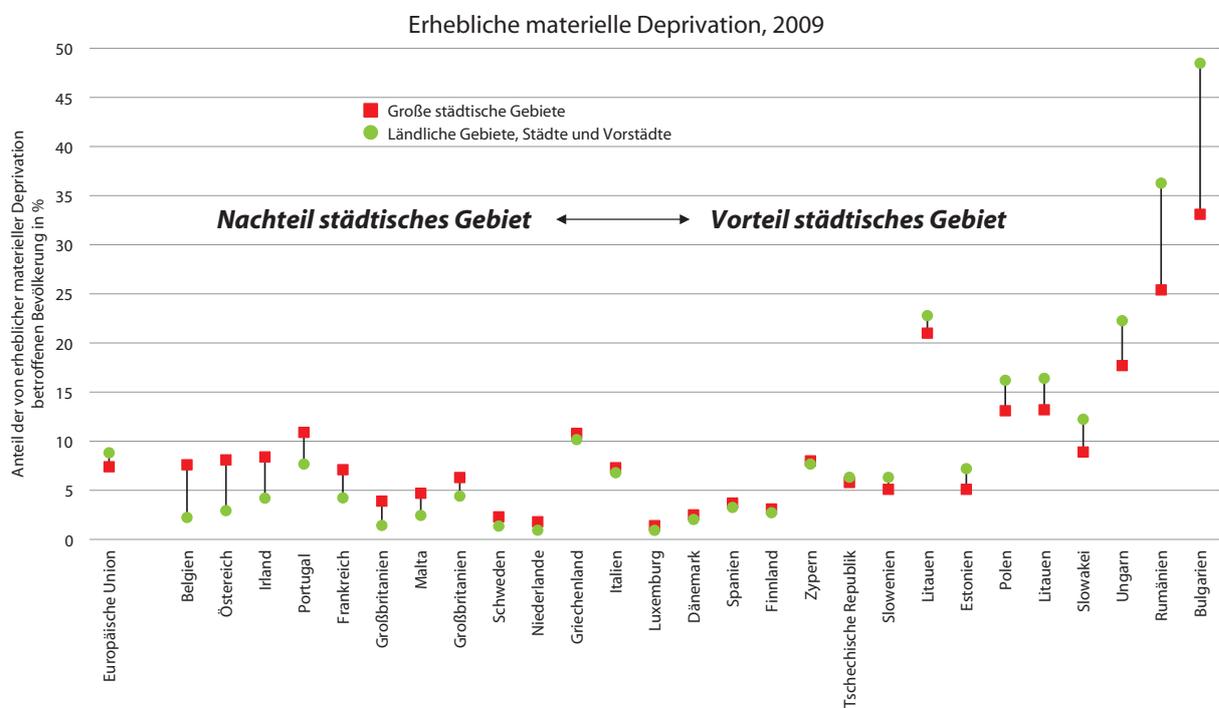
28. Siehe auch *Armut und soziale Ausgrenzung im ländlichen Raum*, Europäische Kommission, 2008. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=2085&langId=de>

Abbildung 3: Geringe Erwerbsintensität nach Gebieten, 2009



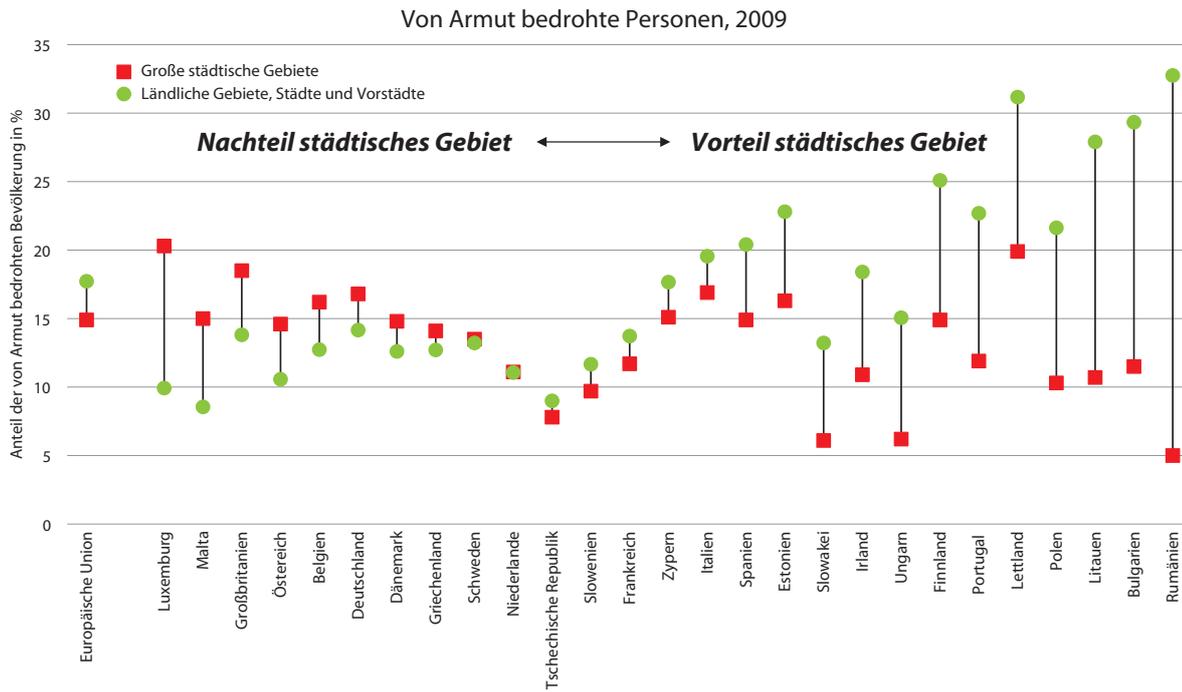
Quelle: Eurostat SILC, Rangfolge der MS nach dem Unterschied zwischen großen städtischen und anderen Gebieten.
Gebiete nach dem Grad der Verstädterung: große städtische Gebiete = große Bevölkerungsdichte; Städte und Vorstädte = mittel; ländliche Gebiete = geringe Bevölkerungsdichte.

Abbildung 4: Deprivation nach Gebieten, 2009



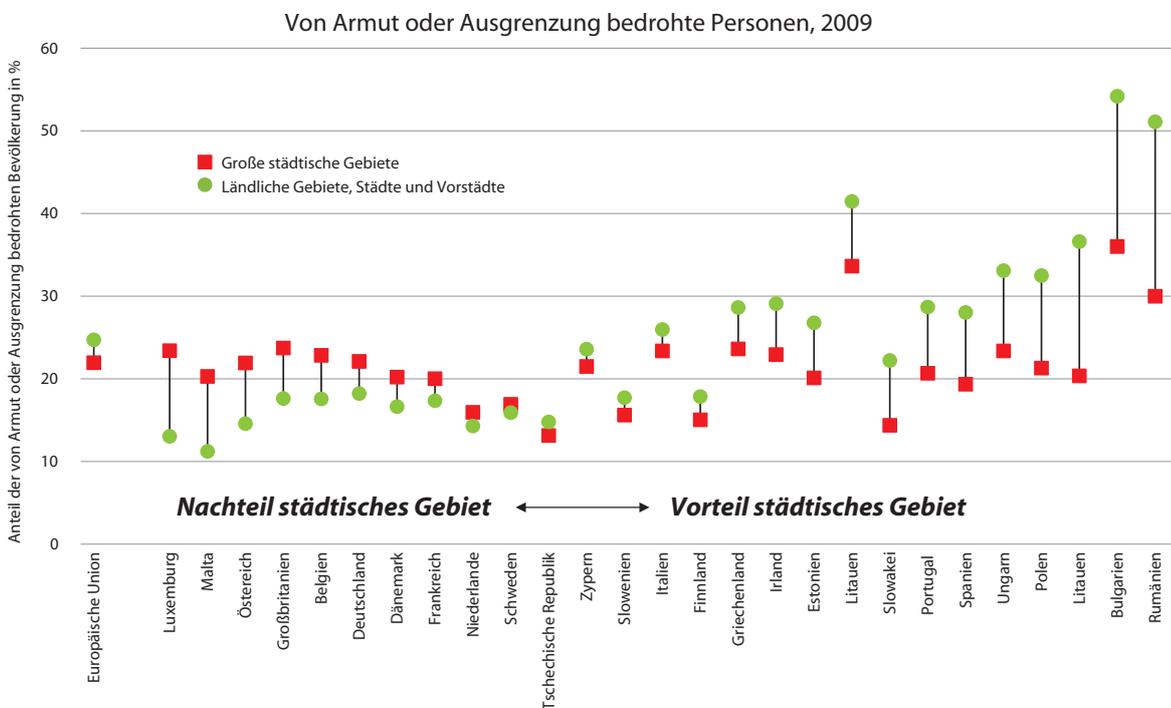
Quelle: Eurostat SILC, Rangfolge der MS nach dem Unterschied zwischen großen städtischen und anderen Gebieten.
Gebiete nach dem Grad der Verstädterung: große städtische Gebiete = große Bevölkerungsdichte; Städte und Vorstädte = mittel; ländliche Gebiete = geringe Bevölkerungsdichte.

Abbildung 5: Armut nach Gebieten, 2009



Quelle: Eurostat SILC, Rangfolge der MS nach dem Unterschied zwischen städtischen und anderen Gebieten.
Gebiete nach dem Grad der Verstädterung: große städtische Gebiete = große Bevölkerungsdichte; Städte und Vorstädte = mittel; ländliche Gebiete = geringe Bevölkerungsdichte.

Abbildung 6: Von Armut oder Ausgrenzung bedroht, nach Gebieten, 2009



Quelle: Eurostat SILC, Rangfolge der MS nach dem Unterschied zwischen städtischen und anderen Gebieten.
Gebiete nach dem Grad der Verstädterung: große städtische Gebiete = große Bevölkerungsdichte; Städte und Vorstädte = mittel; ländliche Gebiete = geringe Bevölkerungsdichte.

5 Fazit

In diesem Bericht wird die regionale und städtepolitische Dimension der Strategie Europa 2020 skizziert. Es wird deutlich, dass es erheblicher Anstrengungen und Investitionen in allen europäischen Regionen bedarf, damit die Ziele für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum erreicht werden können. Dem Bericht zufolge haben die einzelnen Regionen und Städte unterschiedliche Bedürfnisse, denen die Politiken Rechnung tragen sollten.

Angesichts der zentralen Rolle, die der Kohäsionspolitik im Rahmen von Europa 2020 zukommt, ist den Konvergenzregionen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, aber auch in den Übergangs- und den RWB-Regionen sind Verbesserungen angesagt.

Mit geringen FuE-Niveaus, niedrigen Prozentsätzen von Hochschulabsolventen und einer schwachen Produktivität schneiden die Konvergenzregionen bei der Zielvorgabe eines intelligenten Wachstums schlecht ab. Viele verzeichnen des Weiteren niedrige Beschäftigungs- und hohe Arbeitslosenquoten. Auch die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung ist in den Konvergenzregionen größer.

Die Übergangs- und die RWB-Regionen weisen diesbezüglich zwar bessere Ergebnisse auf, aber auch sie müssen ihre Leistung steigern, um die Ziele von Europa 2020 zu erreichen. Die Krise hat in den RWB-Regionen zu einem Abbau von Arbeitsplätzen geführt und deutlich gemacht, dass es einigen an Wettbewerbsfähigkeit mangelt. In über 100 RWB-Regionen ist die Arbeitslosigkeit gestiegen und 36 von ihnen verzeichnen eine Arbeitslosenquote, die über dem EU-Durchschnitt liegt.

Die Vorgabe eines nachhaltigen Wachstums stellt für alle Regionen eine Herausforderung dar. Die Energieeffizienz bestehender und neuer Gebäude muss überall gesteigert werden. Eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien erfordert mehr Investitionen in effiziente Standorte und in das Netzwerk, mit dem Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden.

Bei der Ausgestaltung regionaler Wachstumsstrategien sollten die Städte eine aktive Rolle spielen. Sie befinden sich in einer idealen Position, um Innovationen zu fördern, indem sie Unternehmen jeder Größe das dynamische Umfeld bieten, das diese für den Erfolg benötigen. Die Städte sind maßgeblich an der Bekämpfung des Klimawandels beteiligt, da sie neue Stadtentwicklungsmodelle mit einer noch effizienteren Ressourcennutzung konzipieren. Schließlich müssen die Städte einem unverhältnismäßig hohen Maß an sozialen Problemen und Armut begegnen. Da mit Europa 2020 eine Erhöhung der Beschäftigung und eine Verringerung von Armut und Ausgrenzung angestrebt werden, müssen die Städte das Problem der Verelendung in den Städten und der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt angehen, vor allem in der EU-15.

Dieser Bericht stellt mit Blick auf die Strategien für die kohäsionspolitischen Programme des Zeitraums 2014-2020, die derzeit ausgearbeitet werden, einen wichtigen Beitrag dar. Er beschreibt im Wesentlichen die Ausgangssituation in Zusammenhang mit den EU-2020-Zielen sowie den Abstand zu den nationalen Zielen. In den künftigen kohäsionspolitischen Programmen muss aufgezeigt werden, mit welchen konkreten Maßnahmen zum Aufholprozess beigetragen werden soll. Wie tragen die Investitionsprogramme zu einer Veränderung bei den einschlägigen Indikatoren bei? Gibt es Zwischenschritte oder Indikatoren, die Aussagen über positive Entwicklungen ermöglichen? Die kohäsionspolitischen Programme bieten die Gelegenheit, im Rahmen eines integrierten Ansatzes Strategien auszugestalten, die den Schwerpunkt auf die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Gebiete legen und die Konflikte und Synergien zwischen unterschiedlichen Investitionsformen aufzeigen.

1. Population aged 30-34 with tertiary education, 2007-2010

This indicator shows the proportion of population aged 30-34 with tertiary education to the total population 30-34 of the same age group.

Why does this matter?

Educational attainment of the population is one of the most important factors of economic growth. People with tertiary education are more likely to get a job, have a higher income and have higher life expectancy. Increasing employment rate of tertiary educated people is also likely to have positive effects on productivity. Most of the increase in the share of the tertiary-educated working-age population comes from those under 35. Therefore, the Europe 2020 strategy has set the target for the share of population aged 30-34 with tertiary education at 40%. The EU share in 2010 was 34%. The national 2020 targets range between 60% (Ireland) and 26% (Italy).

How do the EU regions score?

As well as in the case of other educational attainment indicators, the share of tertiary educated aged 30-34 varies widely in Europe. Considering the average levels for the years 2007-2010, one region in five has reached the EU 2020 target. The top ten regions have shares significantly above the EU 2020 targets and are mostly capital regions or adjoin capital regions. The bottom ten are located in the Czech Republic, Romania, Portugal and Italy (see [map 1.1](#)). Other regions lagging behind the European target are located in Greece, Bulgaria, Hungary, Slovakia and Germany.

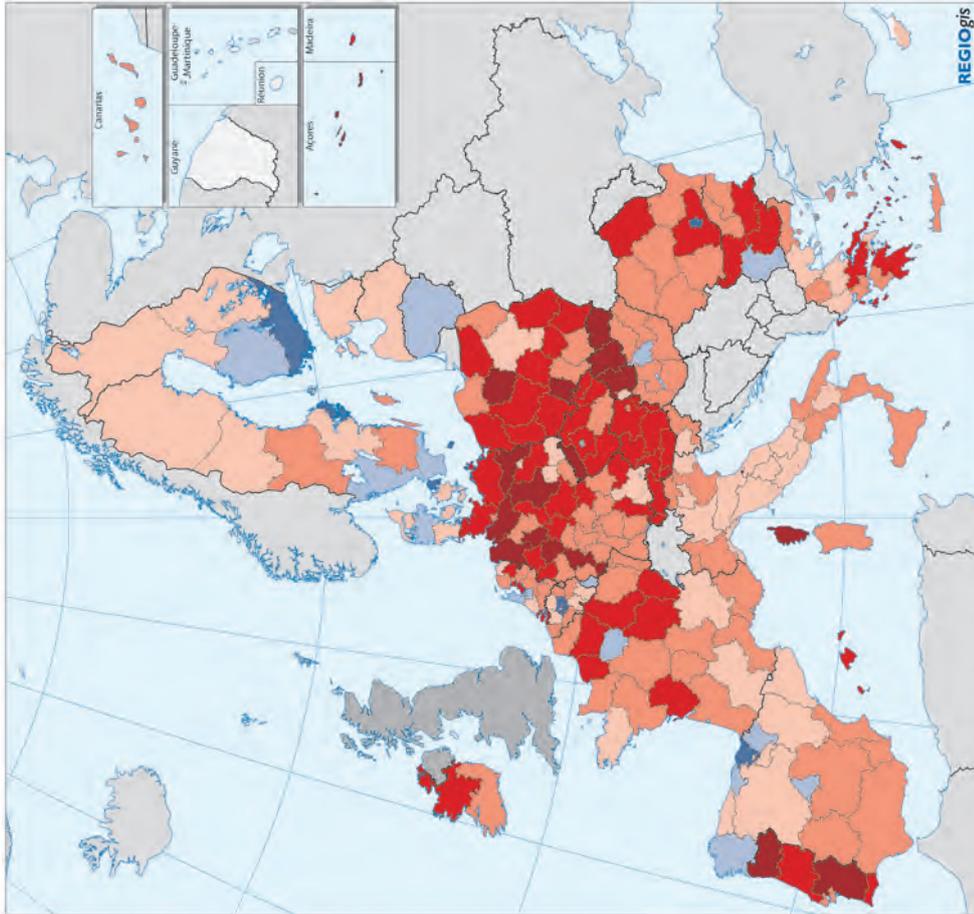
The distance to the national target is particularly significant for Açores and for some regions located in Slovakia, the Czech Republic, Poland and Germany. Overall, only 25 regions across Europe have reached the national target in the 2007-2010 average, mainly in capital regions, in northern Spain and in south Finland and Sweden (see [map 1.2](#)).

This table shows the ten regions with the highest share of population aged 30-34 with tertiary education – Average 2007-2010

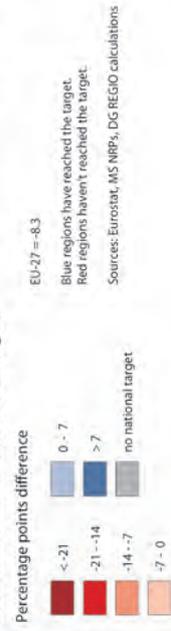
MS	Region	tertiary education %
ES	País Vasco	60
UK	Inner London	59
DK	Hovedstaden	56
BE	Prov. Brabant Wallon	56
BE	Prov. Vlaams-Brabant	55
FR	Île de France	52
SE	Stockholm	51
NL	Utrecht	51
UK	North Eastern Scotland	51
ES	Comunidad de Madrid	49

This table shows the ten regions that are most distant from their national 2020 tertiary education target in percentage points

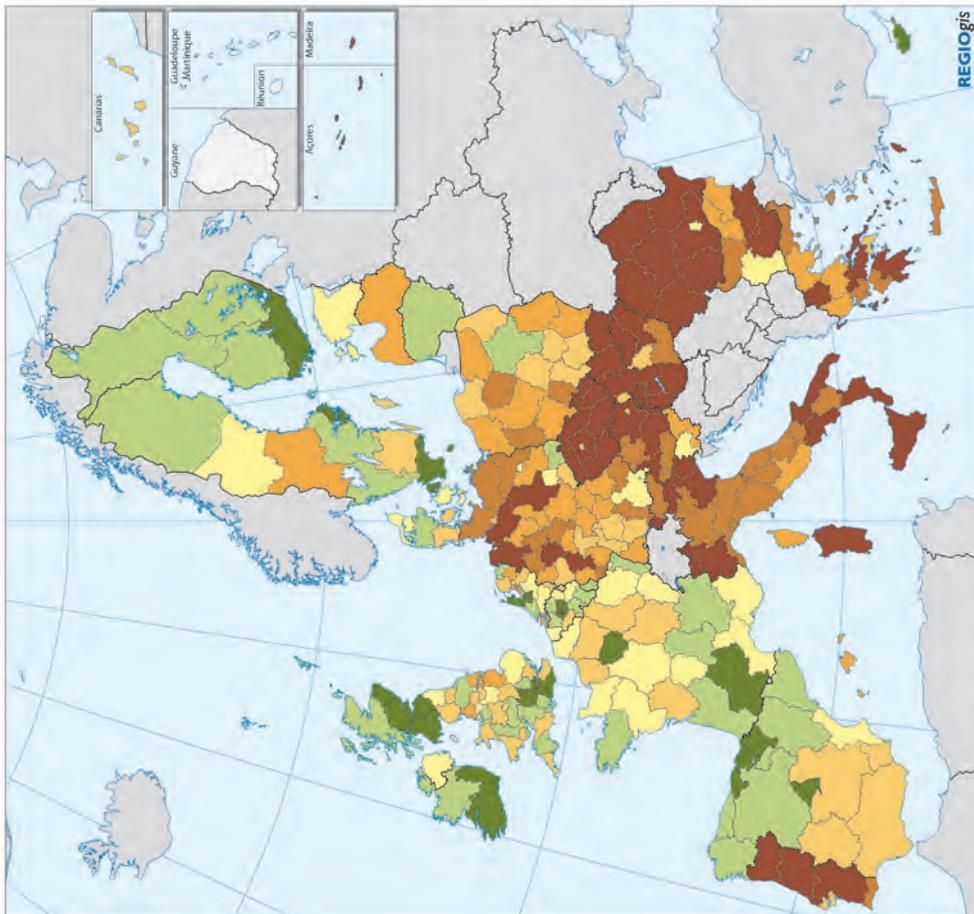
MS	Region	distance to national target, in pp
PT	Região Autónoma dos Açores	-29
SK	Západné Slovensko	-26
SK	Východné Slovensko	-25
CZ	Severozápad	-24
PL	Kujawsko-Pomorskie	-24
DE	Lüneburg	-23
PT	Alentejo	-23
FR	Corse	-23
DE	Sachsen-Anhalt	-23
PL	Opolskie	-23



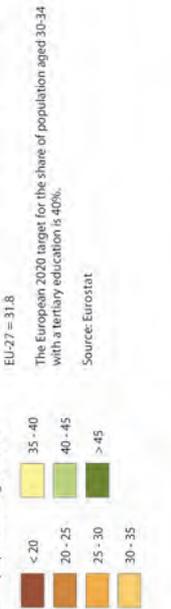
**1.2 Population aged 30-34 with a tertiary education, average 2007-10
Distance to National 2020 target**



0 500 Km
© EuroGeographic Association for the administrative boundaries



1.1 Population aged 30-34 with a tertiary education, average 2007-10



0 500 Km
© EuroGeographic Association for the administrative boundaries

2. Early leavers from education and training, 2008-2010

The share of early leavers from education and training measures the number of people aged 18-24 with at most lower secondary education and not attending any further education or training, divided by the total population aged 18-24.

Why does this matter?

The reduction of early school leavers and the increase of educational attainment of the population are key targets of Europe 2020. These two strategies can provide vital support to Europe's employment and growth objectives. Education contributes to productivity of an individual and can lead to increases in employment, personal income and ones' overall life satisfaction. People without a complete secondary education are much more likely to be unemployed. The Europe 2020 target is to reduce the early leaving from education and training below 10% by 2020, while the 2008-2010 average is 14.5%. National targets for this strategy range between 4.5% (Poland) and 29% (Malta).

How do the EU regions score?

Regional differences in early school leaving are high. Considering a three year average (2008-2010), the Europe 2020 target has been reached in 74 NUTS 2 regions, around one in four, requiring then a substantial effort in many regions to be achieved. Overall, the regions with the highest shares of early school leavers (above 30%) are located in Spain and Portugal. Also Malta is in the top ten regions in this indicator. Regions with high shares (between 20% and 30%) are also located in Greece, Italy, Bulgaria, Romania and United Kingdom (see [map 2.1](#)). In contrast, the lowest rates of early leavers from education and training are registered in particular in Slovakia, the Czech Republic and Poland.

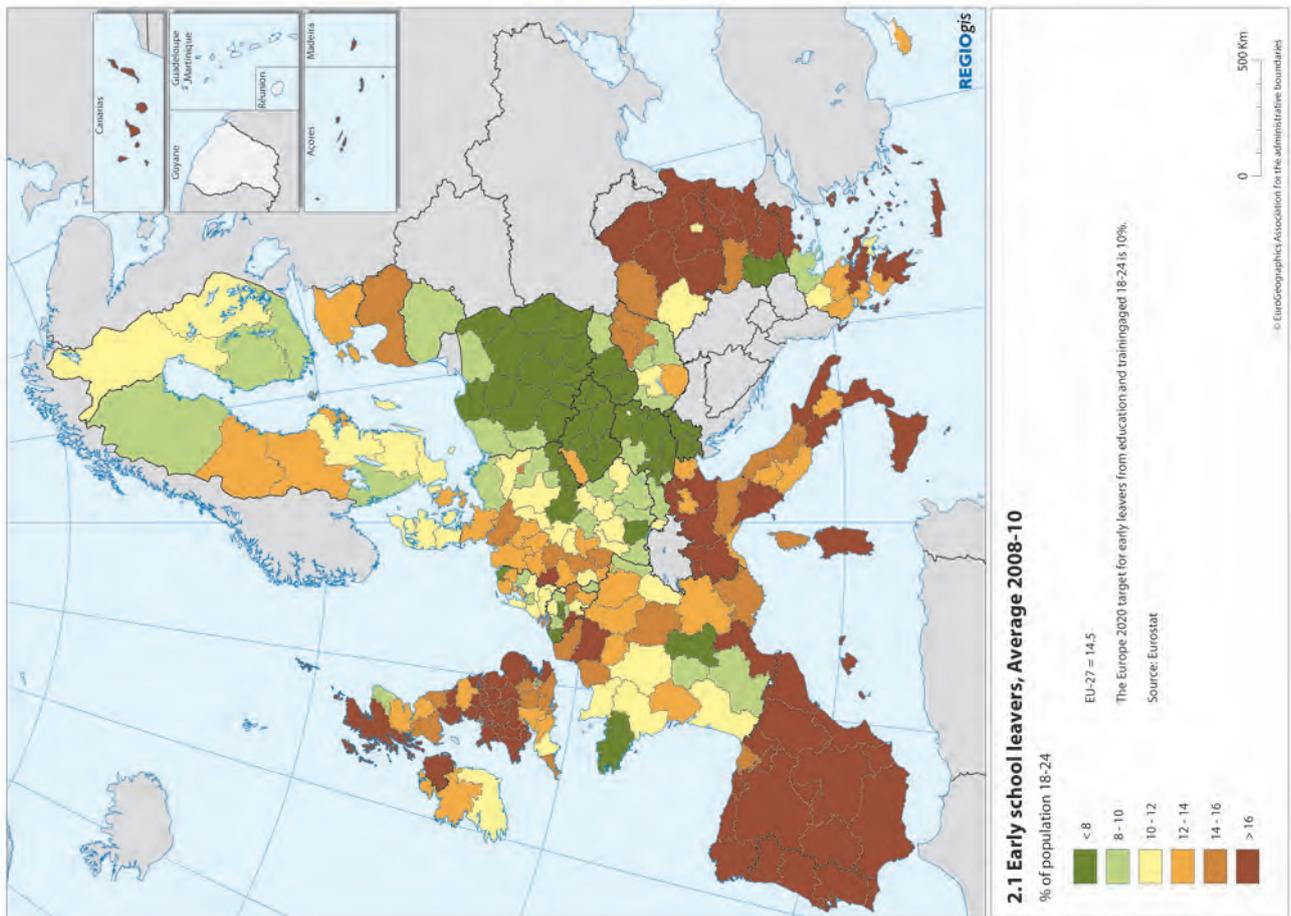
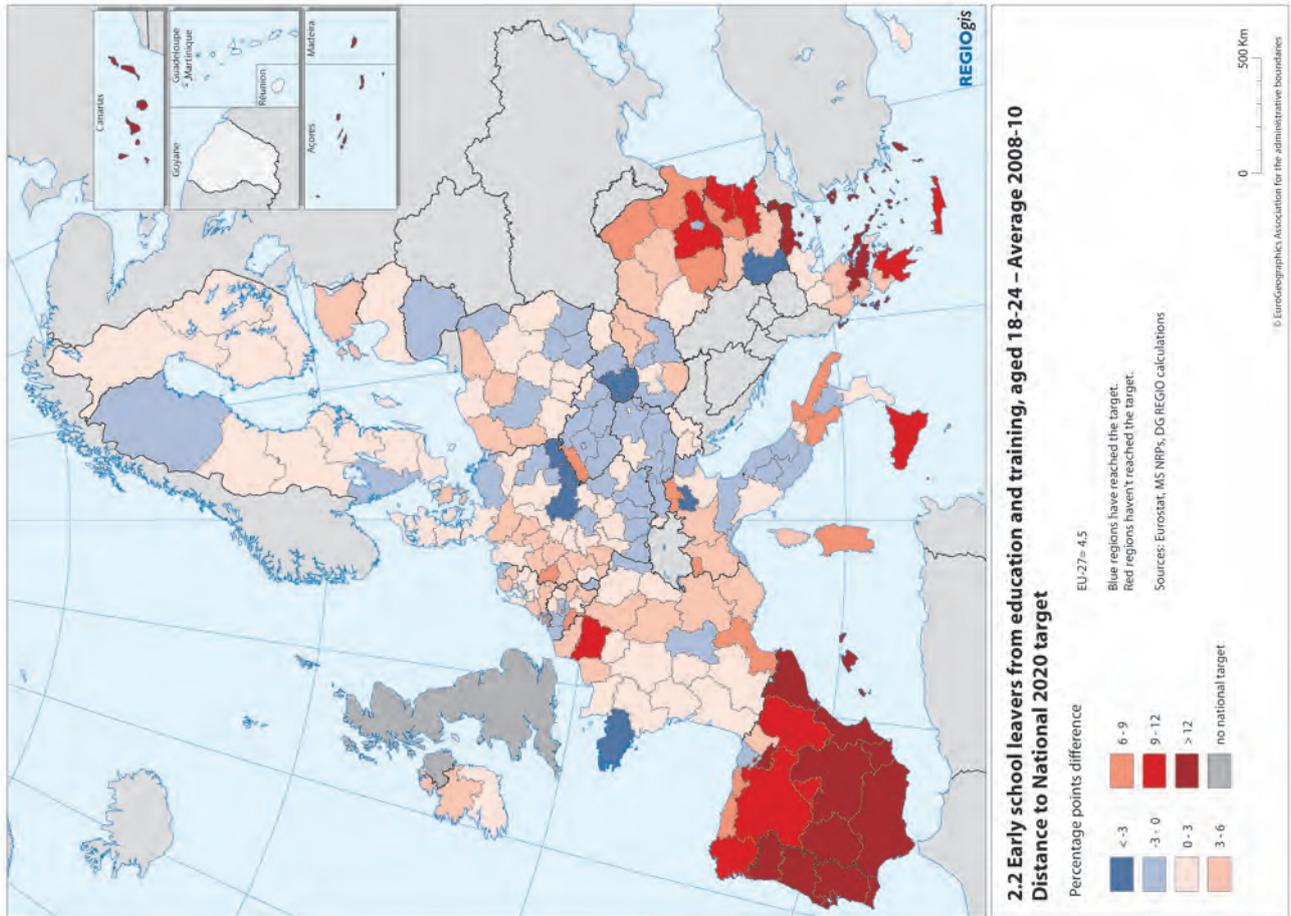
The distance to the national target is significant in regions of Spain and Portugal, as well as in Greece, Bulgaria and Southern Italy. Instead, several regions of Austria, Germany, Italy, the Czech Republic and Slovakia have already reached the national target (see [map 2.2](#)).

This table shows the ten regions with the lowest share of early leavers from education and training aged 18-24 – Average 2008-2010

MS	Region	% of early school leavers
SK	Bratislavský kraj	2
CZ	Jihovýchod	3
CZ	Praha	3
SK	Západné Slovensko	3
PL	Małopolskie	3
PL	Podkarpackie	4
CZ	Střední Morava	4
PL	Świętokrzyskie	4
PL	Podlaskie	4
PL	Wielkopolskie	4

This table shows the ten regions that are most distant from their national 2020 early school leavers target in percentage points

MS	Region	distance to national target, in pp
PT	Região Autónoma dos Açores	39
PT	Região Autónoma da Madeira	31
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	26
PT	Norte	25
ES	Illes Balears	25
PT	Algarve	23
ES	Región de Murcia	23
ES	Ciudad Autónoma de Melilla	23
ES	Andalucía	22
ES	Castilla-La Mancha	20



3. General expenditure on R&D (GERD), 2008

This indicator measures the share of regional GDP invested in expenditure on research and development by both the private and the public sector.

Why does this matter?

GERD indicates the resources devoted by a region for the development of innovations and the transformation of new ideas into market opportunities through R&D. In general, the majority of activities related to R&D take place within the private sector but the public sector also plays a crucial role notably by supporting fundamental research. The Europe 2020 strategy includes the headline target of bringing GERD to 3% of GDP for the EU-27 by 2020. In 2008, the share was 1.9%. Member states, through their National Reform Programmes, set their targets between 0.5% (Cyprus) and 4% (Sweden) of their national GDP.

How do the EU regions score?

The performance on this dimension varies widely across European regions. A characteristic of GERD in developed countries is the geographical concentration in core areas, typically metropolitan and capital regions. In Europe, the regions with the highest GERD to GDP ratio are located in northern countries (Germany, UK, Sweden and Finland). The performance is also high in Austria and in capital regions such as Hovedstaden (Copenhagen), Madrid, Lisbon and Prague. At the other end of the spectrum, a series of regions mainly in Romania, Bulgaria, Greece and Poland have an expenditure on R&D below 0.5% of their GDP (see [map 3.1](#)).

Only 16 regions across Europe have reached the national targets set by 2020, including some capital regions like Île de France, Berlin, Stockholm and Lazio (see [map 3.2](#)). The distance to the EU 2020 national targets is significant in a number of regions located in Spain and Portugal but also in countries performing well in this indicator (Germany, France, Austria and Sweden), showing that a significant effort is required also in the most developed areas of Europe in order to reach the national targets.

This table shows the ten regions with the highest R&D as a % of GDP in 2008

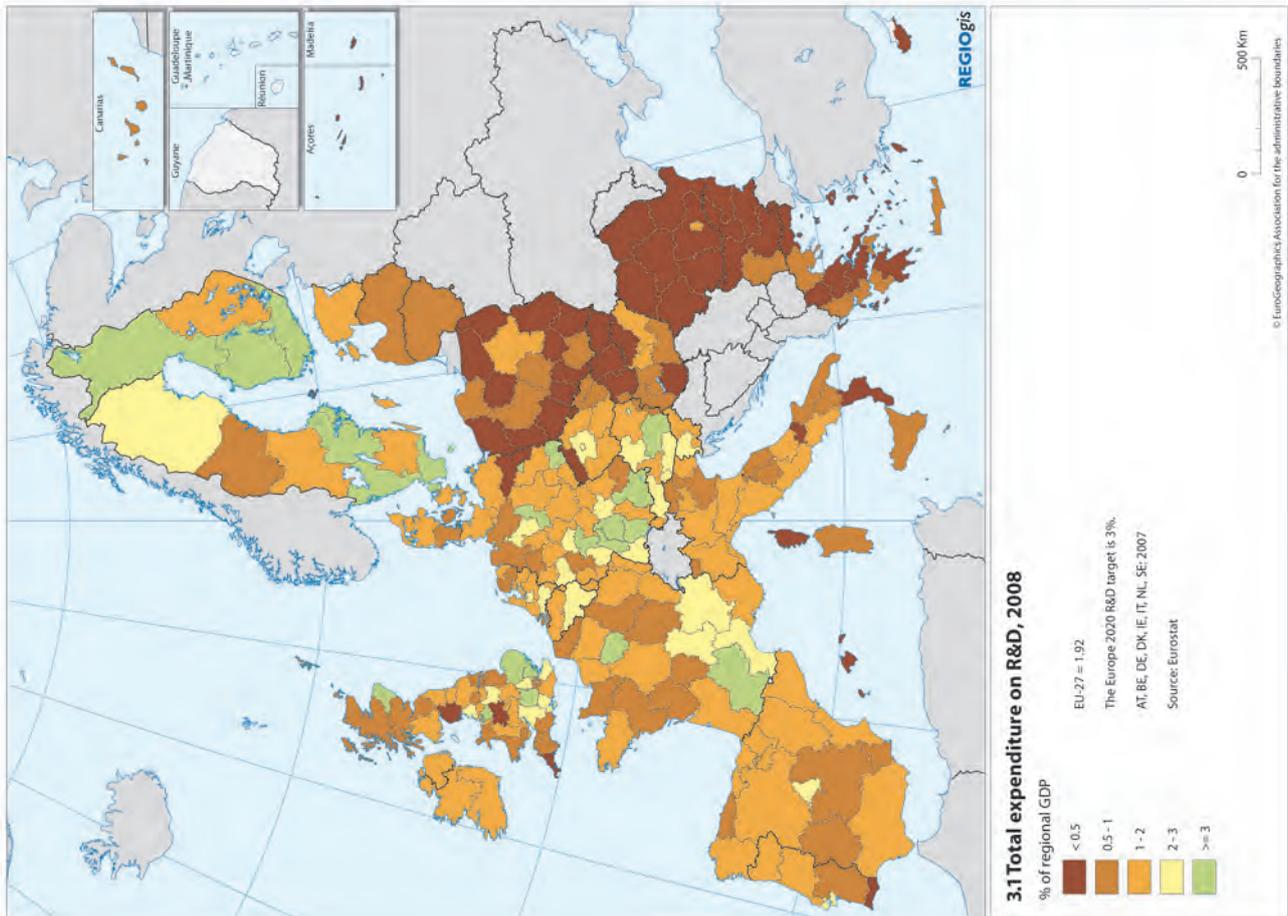
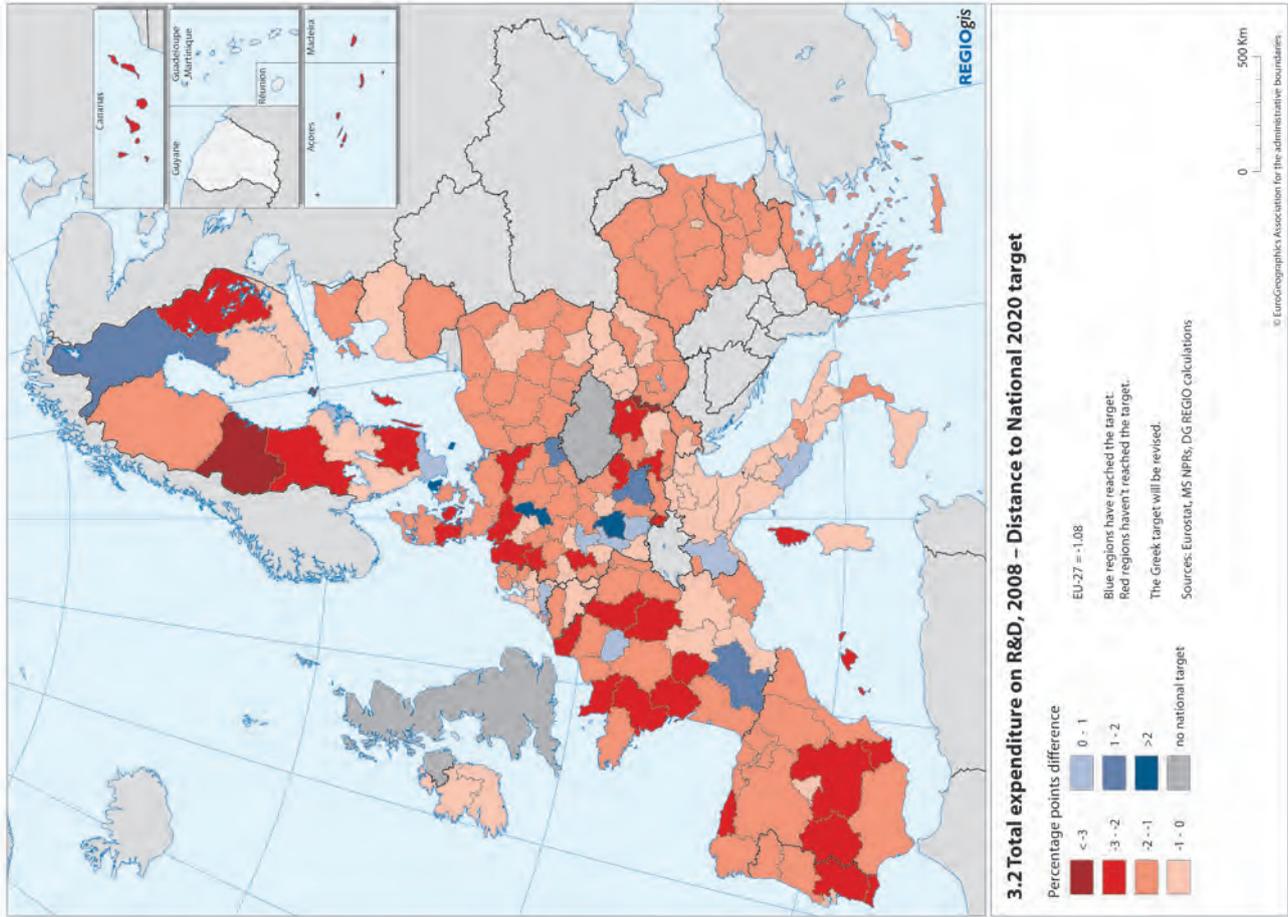
MS	Region	GERD as % of GDP
DE	Braunschweig	6.7
UK	East Anglia	5.9
FI	Pohjois-Suomi	5.9
DE	Stuttgart	5.8
UK	Cheshire	5.7
DK	Hovedstaden	5.1
SE	Sydsverige	4.8
DE	Oberbayern	4.3
FR	Midi-Pyrénées	4.2
DE	Dresden	4.1

Note: AT, BE, DE, DK, IE, IT, NL, SE: 2007, EL 2005 and FR 2004.

This table shows the ten regions that are the most distant from their national 2020 R&D target in percentage points

MS	Region	distant to national target, in pp
FI	Åland	-3.8
SE	Mellersta Norrland	-3.2
AT	Burgenland (A)	-3.1
SE	Småland med öarna	-2.9
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	-2.9
FR	Corse	-2.8
ES	Ciudad Autónoma de Melilla	-2.7
SE	Norra Mellansverige	-2.7
AT	Salzburg	-2.7
DE	Brandenburg – Nordost	-2.7

Note: AT, BE, DE, DK, IE, IT, NL, SE: 2007, EL 2005 and FR 2004.



4. Patent applications per 10 million inhabitants, 2006-2007

Patent applications per 10 million inhabitants is calculated by dividing the total number of patent applications to the EPO in a metro region by the total population of the metro region multiplied by 10 million. A metro region⁽¹⁾ represents an urban agglomeration of at least 250 000 inhabitants and consists of one or more NUTS 3 regions.

Why does this matter?

Patents, by protecting new inventions, ensure that inventors can get a return on their investment someone wants to use their invention. Patents can promote more innovation, competitiveness and economic growth. Patent applications per inhabitant give an indication of which metro regions operate close to the knowledge frontier.

How do the EU metro regions score?

Patent applications are the most concentrated issue discussed in this report. Patent application rates differ between the metro regions by a factor of more than 1 000 (hence the logarithmic axis in the graph). Even application rates between the country with highest rate (Sweden with 2 889) and with the lowest rate (Romania with 12) differ by a factor of 240.

In all Member States, the average metro region outperforms the average non-metro regions, with the exception of the UK⁽²⁾.

The top ten metro regions are not capital regions. They tend to be second tier and smaller metro regions with a highly specialised industry or cluster and/or university. The differences between metro regions within a country are also large, with a few scoring far above the national rate and many scoring below the national and even non-metro rate. In several MS, a second tier or smaller metro region outperforms the capital metro region (see [graph 4.1](#)).

The ten metro regions with the lowest patent application per 10 million inhabitants are second tier and smaller metro regions located in Poland, Romania and Bulgaria.

This table shows the ten metro regions with the highest patent applications per 10 million inhabitants

MS	Metro region	Patent applications per 10 million inhabitants, 2006-2007
NL	Eindhoven	18 003
FI	Tampere	11 632
DE	Stuttgart	7 405
DE	München	7 180
DE	Mannheim	6 502
DE	Regensburg	6 486
DE	Heidelberg	6 063
DE	Nürnberg	5 972
DE	Reutlingen	5 777
DE	Ulm	5 394

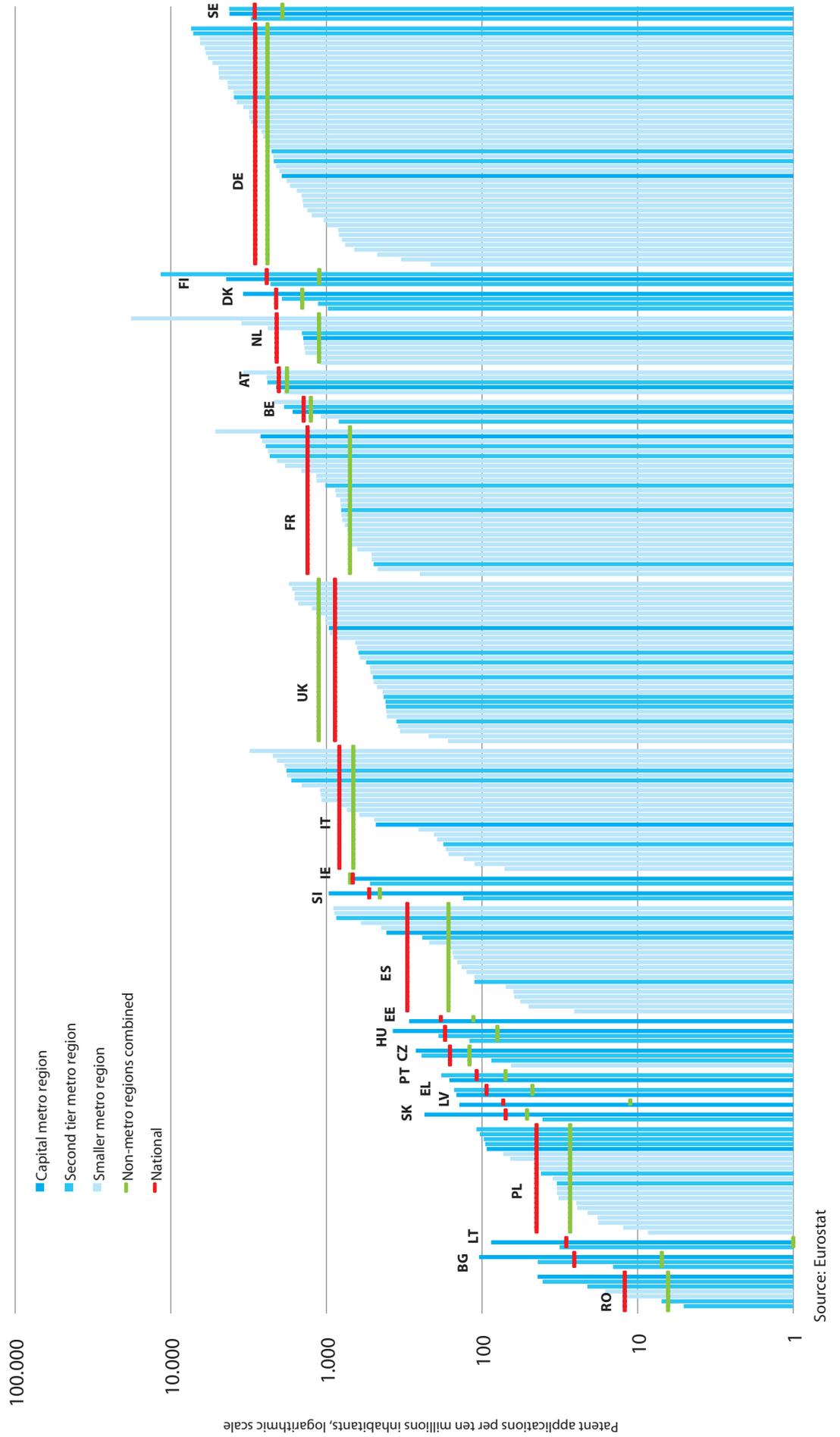
Note: Cambridge is not a metro region but scores 5 627.

This table shows the ten metro regions with the lowest patent applications per 10 million inhabitants

MS	Metro region	Patent applications per 10 million inhabitants, 2006-2007
PL	Kalisz	18
PL	Wloclawek	18
RO	Galați	16
BG	Plovdiv	14
PL	Opole	12
RO	Brasov	12
PL	Olsztyn	9
RO	Craiova	7
RO	Cluj-Napoca	5
RO	Constanța	0

1. The capital metro region contains the national capital. The second tier consists of the bigger metro regions just below the capital in the national urban hierarchy. Remaining metro regions are 'smaller'. For more information on metro regions see Regional Focus 01/2011 by Dijkstra L. and Poelman H.
2. In the UK, Cambridge and Oxford, both too small to be considered as a metro region, have such a high number of patent applications per inhabitants (5 627 and 3 369 resp.) that they raise the average performance of UK non-metro regions above that of the UK metro regions.

4.1 Patent applications to the EPO, average 2006-2007



5. Green House Gas emissions 2005-2009

Change in GHG emissions outside the Emissions Trading Scheme and distance to national 2020 targets (national).

Why does this matter?

This indicator shows trends in total man-made emissions of greenhouse gases by sectors included in the so-called 'Effort Sharing Decision'. The EU as a whole is committed to achieving at least a 20% reduction of its greenhouse gas emissions by 2020 compared to 1990. This objective implies a 21% reduction in emissions from sectors covered by the EU emission trading scheme (ETS) compared to 2005 by 2020; and a reduction of 10% in emissions for sectors outside the EU ETS. To achieve this 10% overall target each Member State has agreed country-specific greenhouse gas emission reduction or limits for 2020 compared to 2005 from sectors included in the 'Effort Sharing Decision': transport, buildings, agriculture and waste.

This table shows the five countries with the highest GHG emissions reduction outside ETS in 2009

MS	Change in GHG emissions, 2005-2009 (%)
UK	-18.2
HU	-16.9
SK	-12.3
IT	-12.2
SE	-11.8

How do the EU Member States score?

The reduction of GHG emissions in sectors included in the Effort Sharing Mechanism has been very high in some Member States. In the United-Kingdom emissions were reduced by 18.2% while in Hungary, they fell by almost 17%. For most new Member States, the decrease is more modest which reflects the very high level of economic growth these countries have experienced. Emissions even increased in some countries, like for instance in Malta (+1.4%) or Poland (+0.3%).

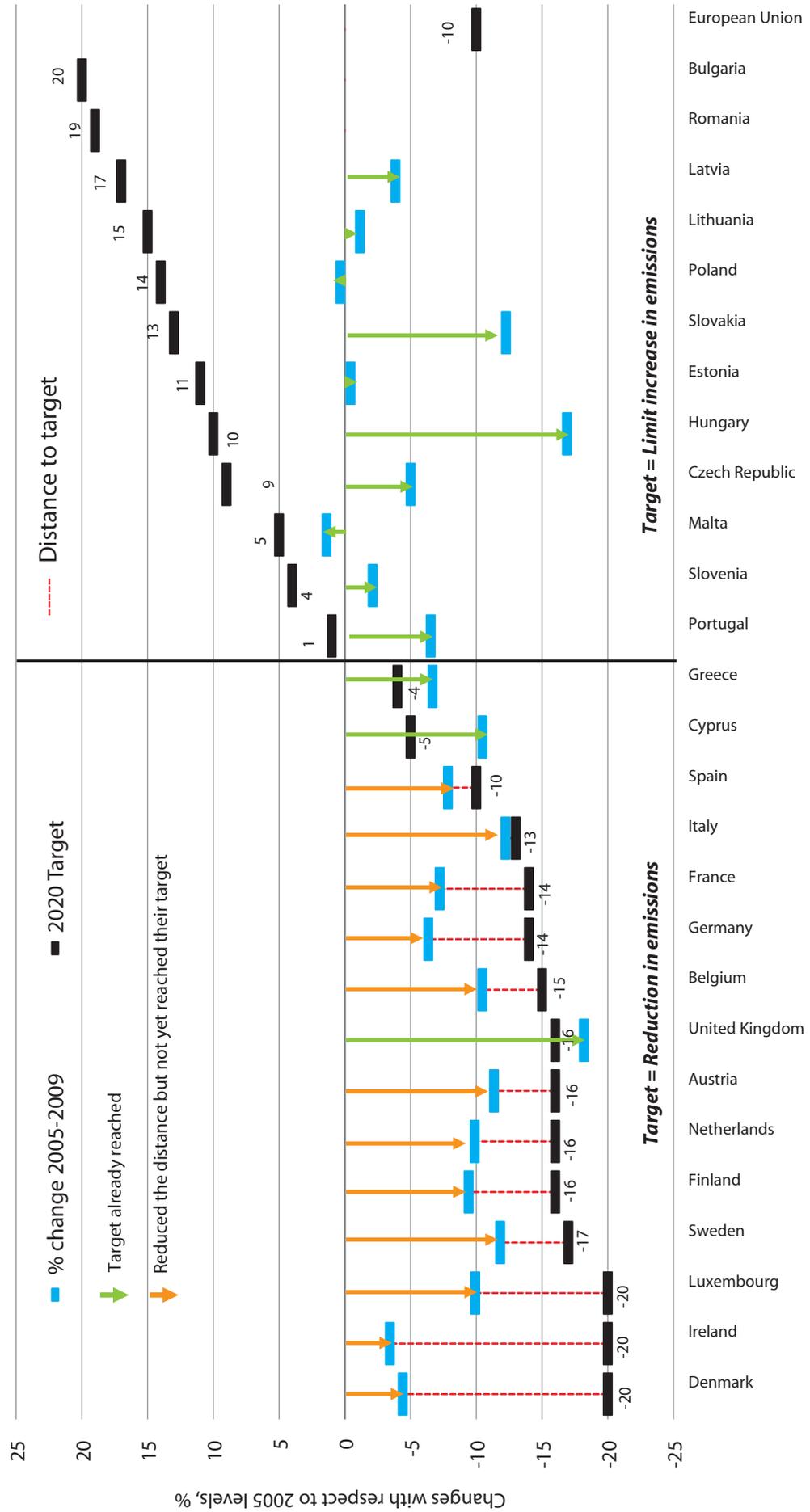
The distance to the target to which Member States have committed also strongly varies from one country to the other. A number of countries are way ahead of their target, like for instance Hungary and Slovakia which commit to limit their emissions to no more than 10% and 13% respectively and where emissions actually decreased significantly.

This table shows the five countries that are most distant to their national target in 2009

MS	Distance to target, percentage point
IE	16.6
DK	15.6
LU	10.1
DE	7.7
FR	6.8

In other countries, the target for emission reduction is not yet reached but the emissions have started to reduce, like for instance in Sweden where the target was set to a reduction of 17% and emissions decreased by 11.8% compared to levels of 2005. Among the Member States which have not reached their target, the distance to target is the highest in Ireland, Denmark and Luxemburg. It is the lowest in Italy, Spain and Belgium where additional reduction of 0.7%, 2.2% and 4.5% are required to meet the objectives. The share of GHG emissions outside ETS was based on data on the total emissions and emissions within ETS from the European Environmental Agency.

5.1 Change in greenhouse gas emissions outside the Emissions Trading Scheme, 2005-2009 and Europe 2020 targets



Source: EEA, provisional calculation method

6. Renewable energy 2008

Consumption of renewable energy and distance to national 2020 targets (national).

Why does this matter?

This indicator shows the share of renewable energy in gross final energy consumption of Member States. Sources of renewable energy are wind power, solar power (thermal, photovoltaic and concentrated), hydro-electric power, tidal power, geothermal energy and biomass. They constitute alternatives to fossil fuels and hence contribute to reducing greenhouse gas emissions as well as diversifying the EU energy supply.

Renewable energy is also a sector which offers interesting perspective for the development of new technologies and of new employment opportunities. The EU Directive on renewable energy has set targets for all Member States, such that the EU should reach a 20% share of energy from renewable sources by 2020 and a 10% share of renewable energy specifically in the transport sector. The share of renewable energy consumption in the EU in 2008 was 10%.

How do the EU Member States score?

The share of renewable energy in gross final energy consumption is already high in some Member States. It accounts for more than 44% of energy consumption in Sweden and more than 30% in Finland. On the contrary, it is extremely low in other countries like for instance Malta, Luxemburg or the United Kingdom where renewable energy represents respectively 0.2%, 2.1% and 2.2% of gross final energy consumption.

This table shows the five countries with the highest share of renewable energy in gross final energy consumption in 2008

MS	Share of renewable energy in gross final energy consumption, 2008 (%)
SE	44.4
FI	30.5
LV	29.9
AT	28.5
PT	23.2

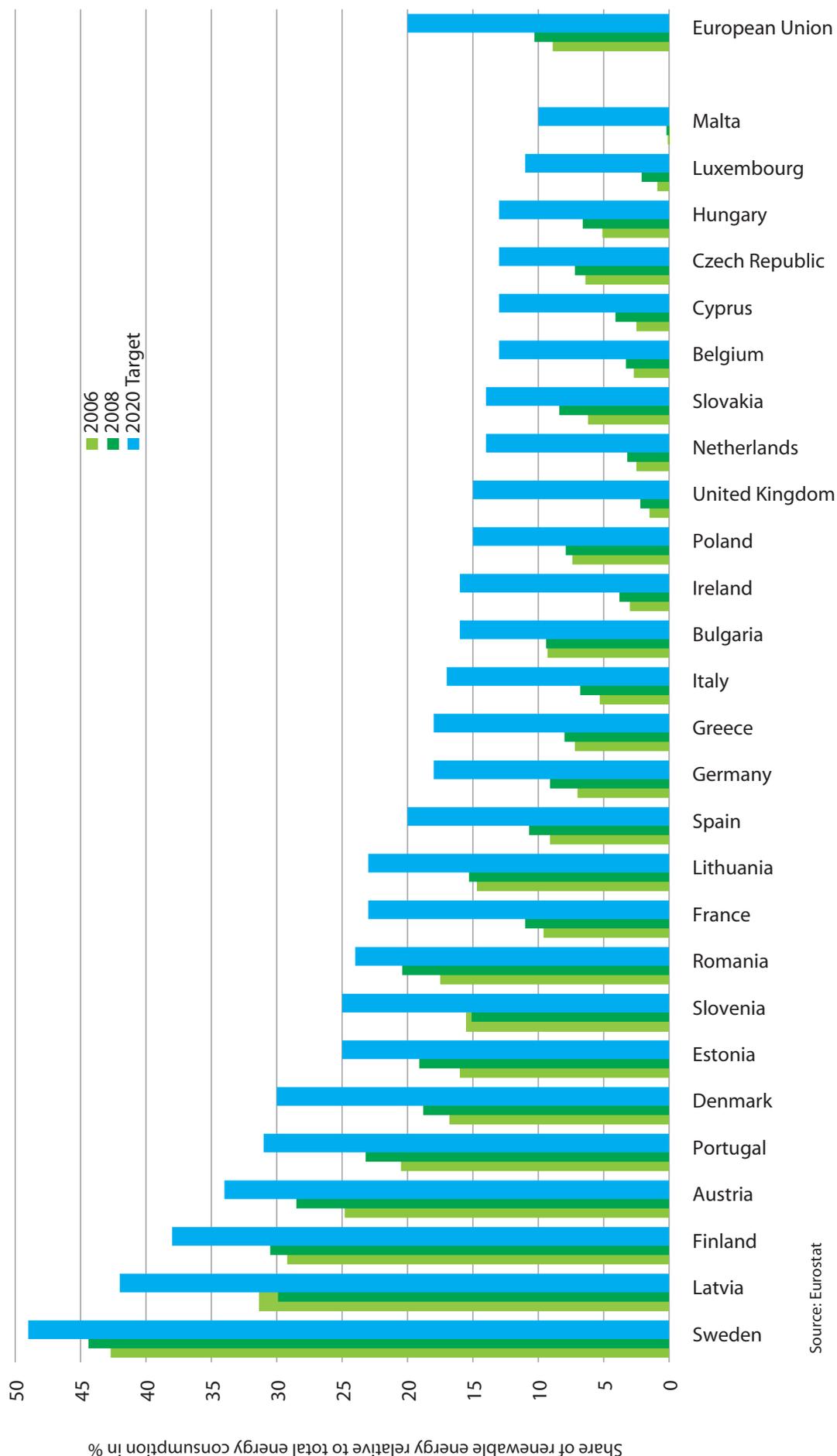
However, it is generally in the Member States where the use of renewables is particularly low that it is also growing the fastest. For instance, between 2006 and 2008, the share of renewable energy in gross final energy consumption has grown by 133% in Luxemburg, by 100% in Malta and 64% in Cyprus. The growth in the share of renewables in consumption is above 20% in all Member States where it is currently lower than 5%.

This table shows the five countries that are most distant to their national target in 2008

MS	Distance to target, percentage point
UK	12.8
IE	12.2
LV	12.1
FR	12.0
DK	11.2

The situation of Member States also widely varies regarding the distance to the target they have committed. Some countries like the United Kingdom, Ireland, Latvia or France must increase the use of renewables by more than 12 percentage points to reach their targets. Other countries are already close to their 2020 objective, like for instance Romania, Sweden or Austria which must respectively add another 3.6, 4.6 and 5.5 percentage points of renewables into final energy consumption for reaching their targets.

6.1 Renewable energy consumption, 2006, 2008 and the 2020 targets



Source: Eurostat

7. Employment rate age group 20-64, 2010

The employment rate divides the number of persons aged 20 to 64 in employment by the total population of the same age group. The indicator is based on the EU Labour Force Survey.

Why does this matter?

The Europe 2020 strategy aims to increase the employment rate of people aged 20 to 64 to 75 % by 2020. In the EU, the rate was 69% in 2010. Increasing the employment rate will help to reduce poverty and exclusion. It will also help to address the cost of ageing, in particular in countries with a pay-as-you-go pension system. To sustainably increase the employment rate, the EU will have to become more globally competitive. Investments in human capital and innovation in the broad sense, connections and the business environment can all contribute to this goal. National 2020 targets stated in the national reform programmes vary from 62.9% in Malta to 80% in Sweden and Denmark.

How do the EU regions score?

The convergence regions have the lowest employment rate at 63%, the transition regions score slightly better at 64%. The competitiveness regions have higher rate of 72%. To reach the target of 75 % in 2020, the convergence regions need more than 5 million jobs, transition regions need 2.5 million and competitiveness regions need 12 million jobs.

The ten regions with the highest employment rate are all from the Northwest of the EU. Their employment rates are unlikely to increase much more. In particular, the Netherlands, Sweden, Denmark, Germany and the UK have reached high levels of employment.

Most countries show stark regional differences, underlining the regional nature of labour markets and the relatively low labour mobility within the EU.

The regions with employment rates below 60% are almost all southern, eastern or outermost regions (see [map 7.1](#)). But some regions in the North-West score low too, for example West Wales and the Valleys in the UK, Border, Midland and Western in Ireland or Hainaut and Brussels in Belgium.

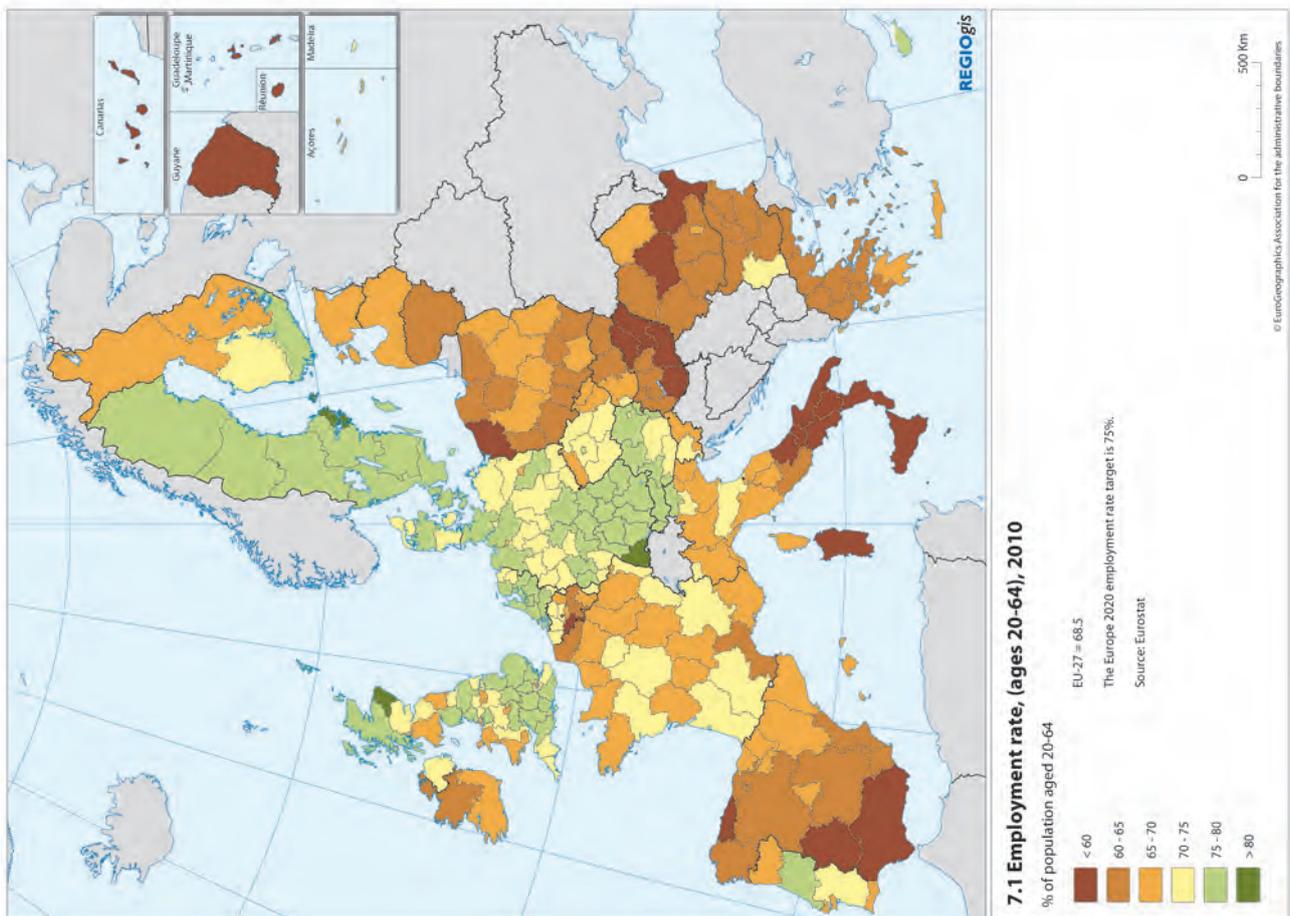
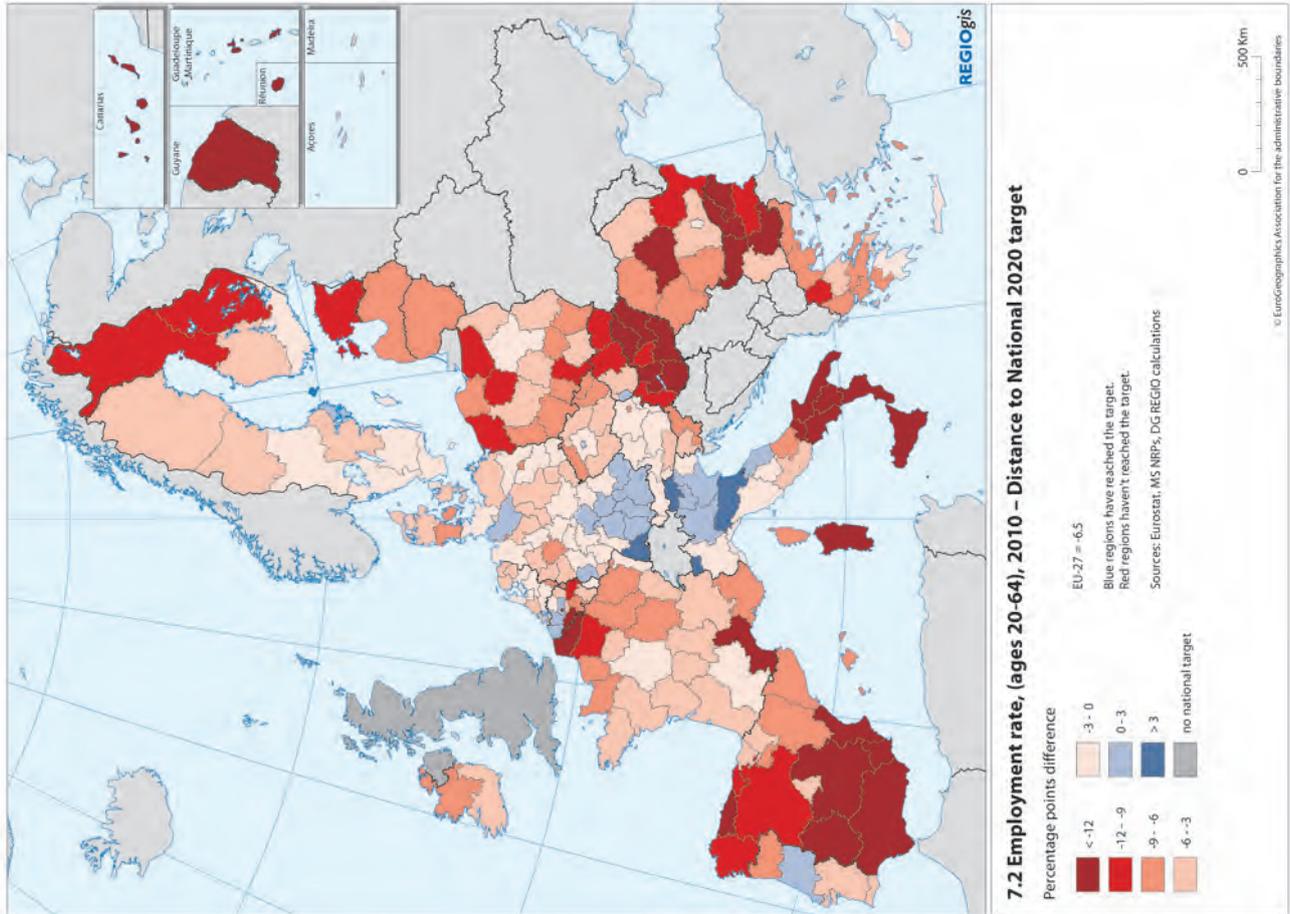
The ten regions most distant to their national target are three of the four French outermost regions, three southern Italian regions, two Hungarian regions and the Spanish enclaves Melilla and Ceuta. The UK has opted not to select a national employment target for 2020.

This table shows the ten regions with the highest employment rate in 2010

MS	Region	Employment rate age group 20-64 in %, 2010
FI	Åland	83.6
SE	Stockholm	81.7
DE	Freiburg	80.2
UK	North Eastern Scotland	80.1
NL	Utrecht	79.7
DE	Schwaben	79.5
SE	Småland med öarna	79.5
UK	Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	79.4
SE	Västsverige	79.1
DE	Oberbayern	79.0

This table shows the ten regions which are the most distant to their national 2020 employment rate target in 2010 in percentage points

MS	Region	Distance to national 2020 employment target in pp
FR	Réunion	-25
IT	Campania	-24
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	-23
ES	Ciudad Autónoma de Melilla	-23
FR	Guyane	-22
IT	Calabria	-22
IT	Sicilia	-21
HU	Észak-Magyarország	-21
HU	Észak-Alföld	-21
FR	Guadeloupe	-20



8. Unemployment rate, 2010

This indicator measures the number of people aged 15-74 who are without work but looking for work and available for work, divided by the number of people aged 15-74 and active in the labour market, i.e. those employed and unemployed.

Why does this matter?

High unemployment is a threat to social cohesion leading to poverty and social exclusion and it is one of the most important incentives for people to leave their regions.

	Convergence	Transition	RCE	EU
Unemployment rate, 2010	11.9	14.8	7.9	9.7
Change in unemployment rate, 2007-2010 in pp	2.8	6.4	1.8	2.5

Convergence regions are faced with high unemployment rates due to low levels of economic activity and skills mismatch due to restructuring and the reduction of employment in agriculture. The Transition regions have an even higher unemployment rate. They were hit particularly hard by the crisis with an increase in unemployment of 6 percentage points between 2007 and 2010. Competitiveness regions have a slightly lower unemployment rate, but they were still confronted with an increase of almost 2 percentage points between 2007 and 2010.

How do the EU regions score?

Regional disparities among the EU-27 regions remain high. One region in three has an unemployment rate above 10%.

The highest rates are registered in the French overseas departments, which face specific challenges, and many Spanish regions. Most of the 26 regions with unemployment rates over 15% can be found in these two, as well as in Slovakia and in the Baltic States. In contrast, 34 regions mainly located in Austria, Germany, northern Italy and the Netherlands have rates below 5%.

The ten top movers between 2007 and 2010 are, with the exception of Corse, German Landers, where labour mobility (from East to West Germany) can explain part of this performance. Unemployment rates dropped also in some regions of France, Poland, Austria and the UK. On the other side, several regions in Spain, Ireland, Baltic States and Greece witnessed a substantial increase in the unemployment rates.

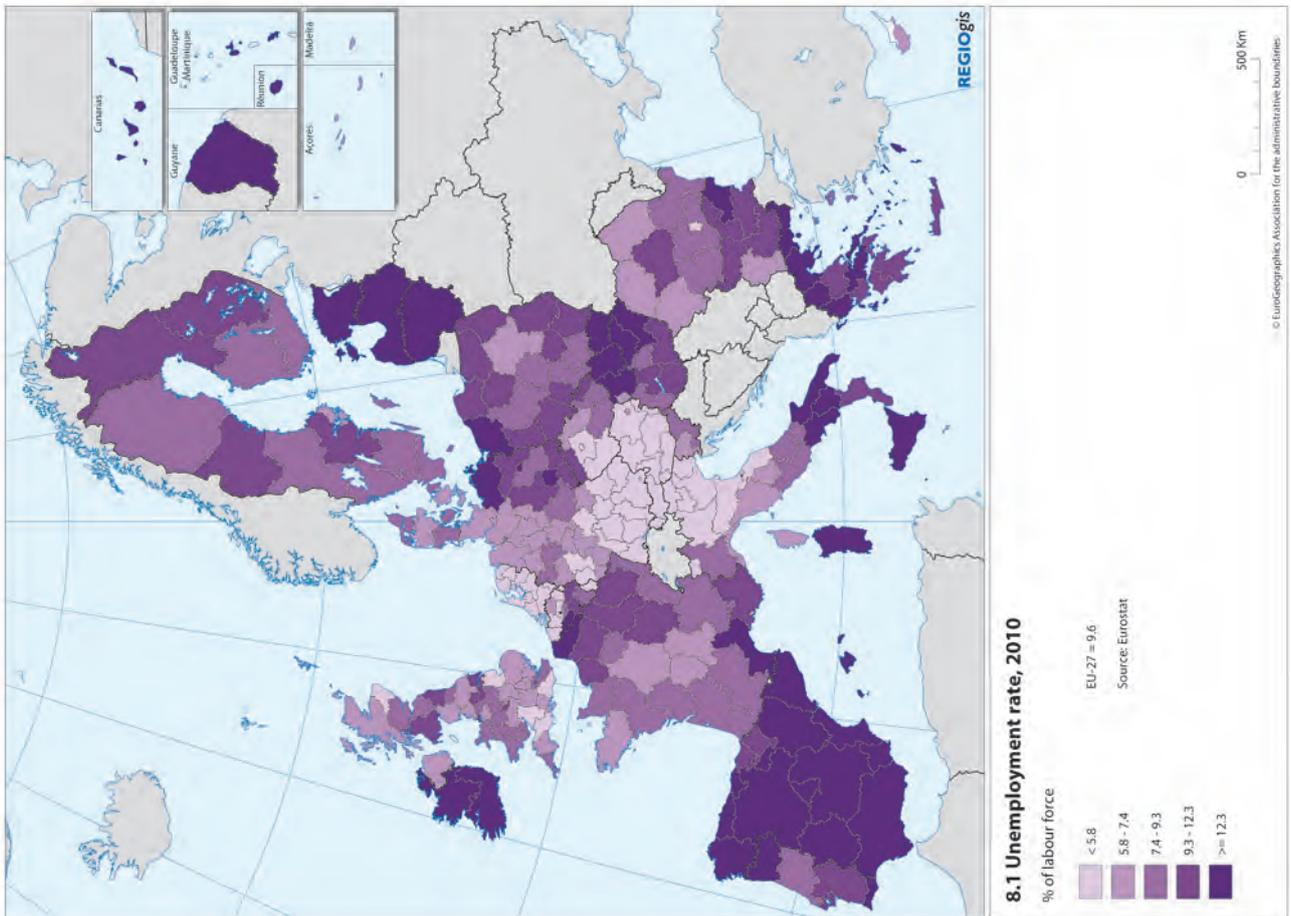
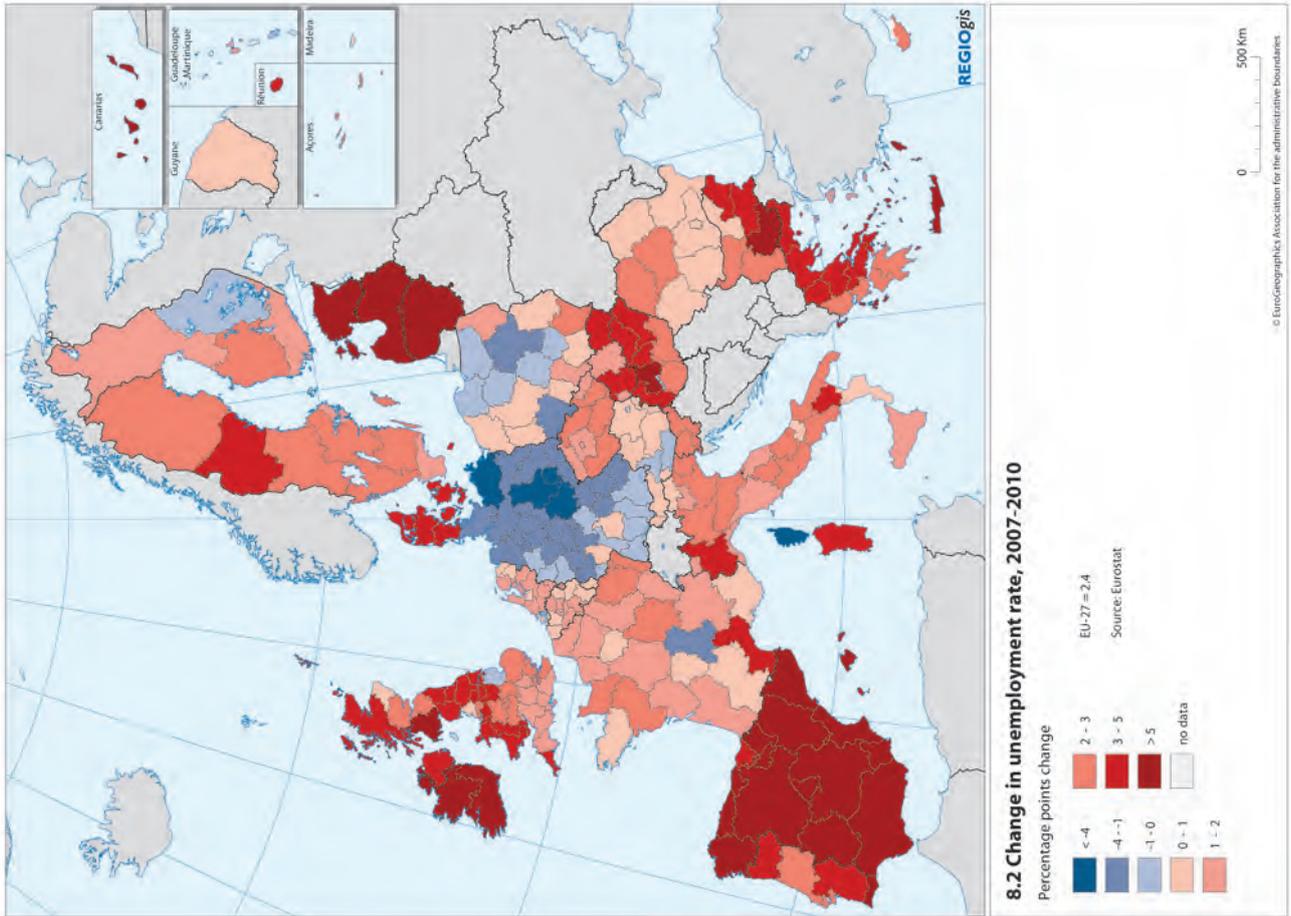
In most cases, reductions in unemployment rates are correlated with increased levels of GDP per capita and lower levels of poverty. Conversely, regions growing unemployment tend to have lower levels of economic growth and higher levels of poverty.

This table shows the ten regions with the highest rate of unemployment in 2010

MS	Region	Unemployment rate, %
FR	Réunion	29
ES	Canarias	29
ES	Andalucía	28
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	24
FR	Guadeloupe	24
ES	Ciudad Autónoma de Melilla	24
ES	Región de Murcia	23
ES	Comunidad Valenciana	23
ES	Extremadura	23
FR	Martinique	21

This table shows the regions in which unemployment rate decreased the fastest between 2007 and 2010 in percentage points

MS	Region	Change in unemployment rate, in pp
DE	Thüringen	-5.1
FR	Corse	-5.0
DE	Mecklenburg-Vorpommern	-5.0
DE	Leipzig	-4.8
DE	Sachsen-Anhalt	-4.3
DE	Brandenburg – Nordost	-3.9
DE	Brandenburg – Südwest	-3.9
DE	Bremen	-3.8
DE	Berlin	-3.1
DE	Dresden	-2.9



9. At risk of poverty or exclusion rate, 2009

This indicator is the share of people who are (1) at-risk-of-poverty and/or (2) severely materially deprived and/or (3) living in households with very low work intensity.

- (1) At risk-of-poverty means having an income below 60% of the national median equivalised disposable income after social transfers.
- (2) Severe material deprivation means experiencing at least 4 out of 9 situations of financial strain or enforced lack of durables.
- (3) People living in households with very low work intensity are people aged 0-59 living in households where the adults work less than 20% of their total work potential during the past year.

The national targets based on national reform programmes and Commission calculations. They vary from a reduction by 0.3 pp in the Czech Republic to 6.6 pp in Bulgaria.

Why does this matter?

The Europe 2020 strategy aims to reduce the number of people at risk of poverty or exclusion in the EU with 20 million by 2020. Reaching this target may require depending on the country income and employment growth, adjusting the welfare and/or tax system.

How do the EU regions score?

The ten regions with the lowest at-risk-of-poverty-or-exclusion rate are surprisingly diverse. They contain regions from the North and the South, from the East and the West, capitals and more rural regions.

The regional breakdowns often reveal substantial internal variation. For example, Spain, Italy and Belgium all three have a strong North-South divide. In Bulgaria, Hungary, Poland, Slovakia and the Czech Republic the capital region has the lowest rate, while in Austria, Belgium the opposite is true. Overall there is a link to GDP per head, with the highest rates in Bulgaria, Romania. This is particularly due to their high rates of severe material deprivation.

The ten regions which are most distant to their national 2020 target are located in southern Italy (four regions), Spain (four regions) and one region in Bulgaria and one in Belgium. The combination of a high GDP per head and relatively high at-risk-of-poverty-or-exclusion rate in Brussels highlights the juxtaposition of high income and high poverty. The southern

Italian regions show that low employment rates and low growth rates tend to exacerbate poverty and exclusion.

Germany, France, the Netherlands, the UK and Portugal could not provide regional figures, which may influence the regions in the two tables.

This table shows the ten regions that are the most distant to their national 2020 at-risk-of-poverty-or-exclusion target in 2009 in percentage points

MS	Region	Distance to national 2020 at-risk-of-poverty-or-exclusion target in pp
IT	Sicilia	28
IT	Campania	22
IT	Calabria	21
IT	Basilicata	21
ES	Melilla	20
BE	Région de Bruxelles-Capitale/ Brussels Hoofdstedelijk Gewest*	19
ES	Extremadura	18
ES	Ceuta	18
BG	Severen tsentralen	17
ES	Canarias	15

* Average 2007-2009

Note: For DE, FR, NL, PT and UK only national level data was available.

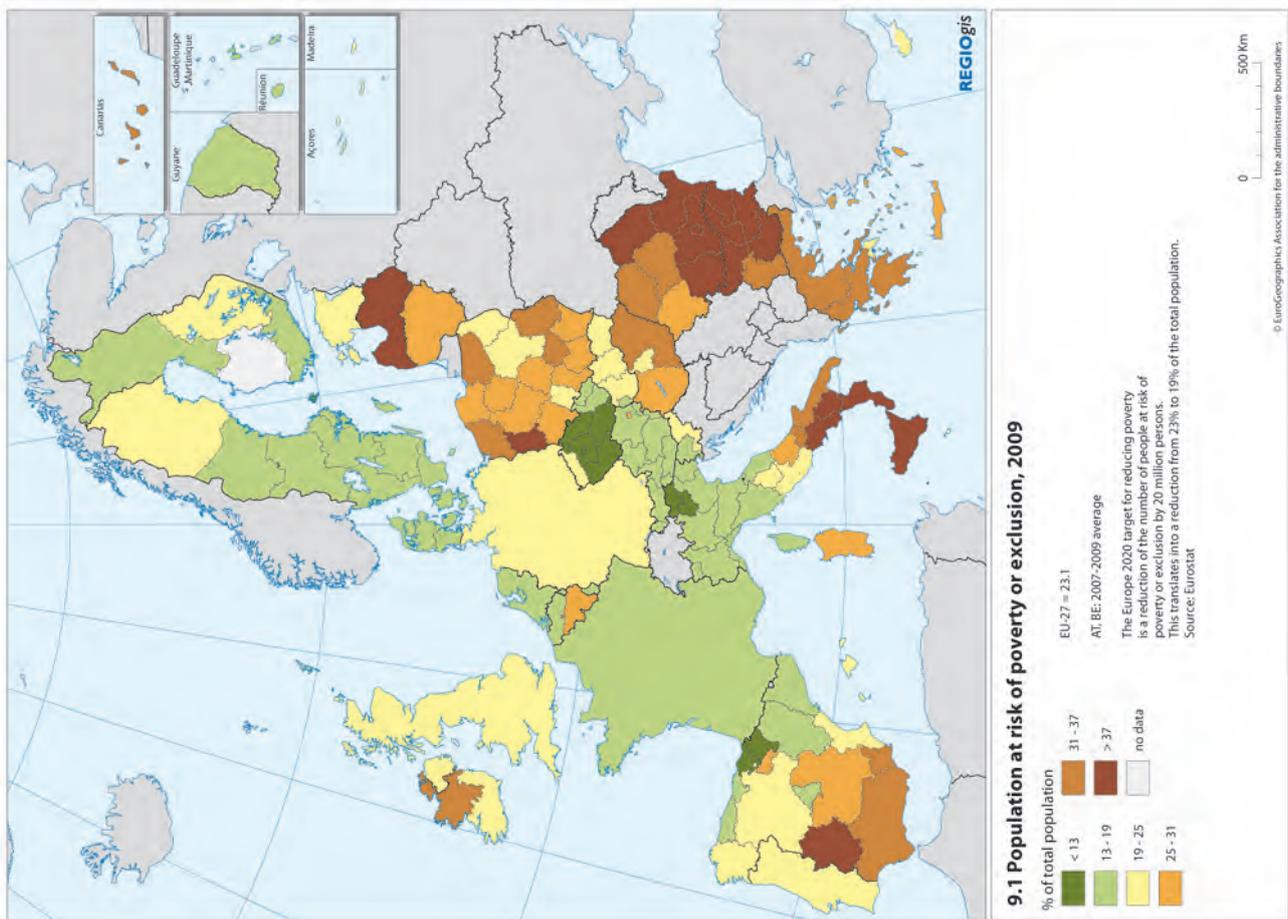
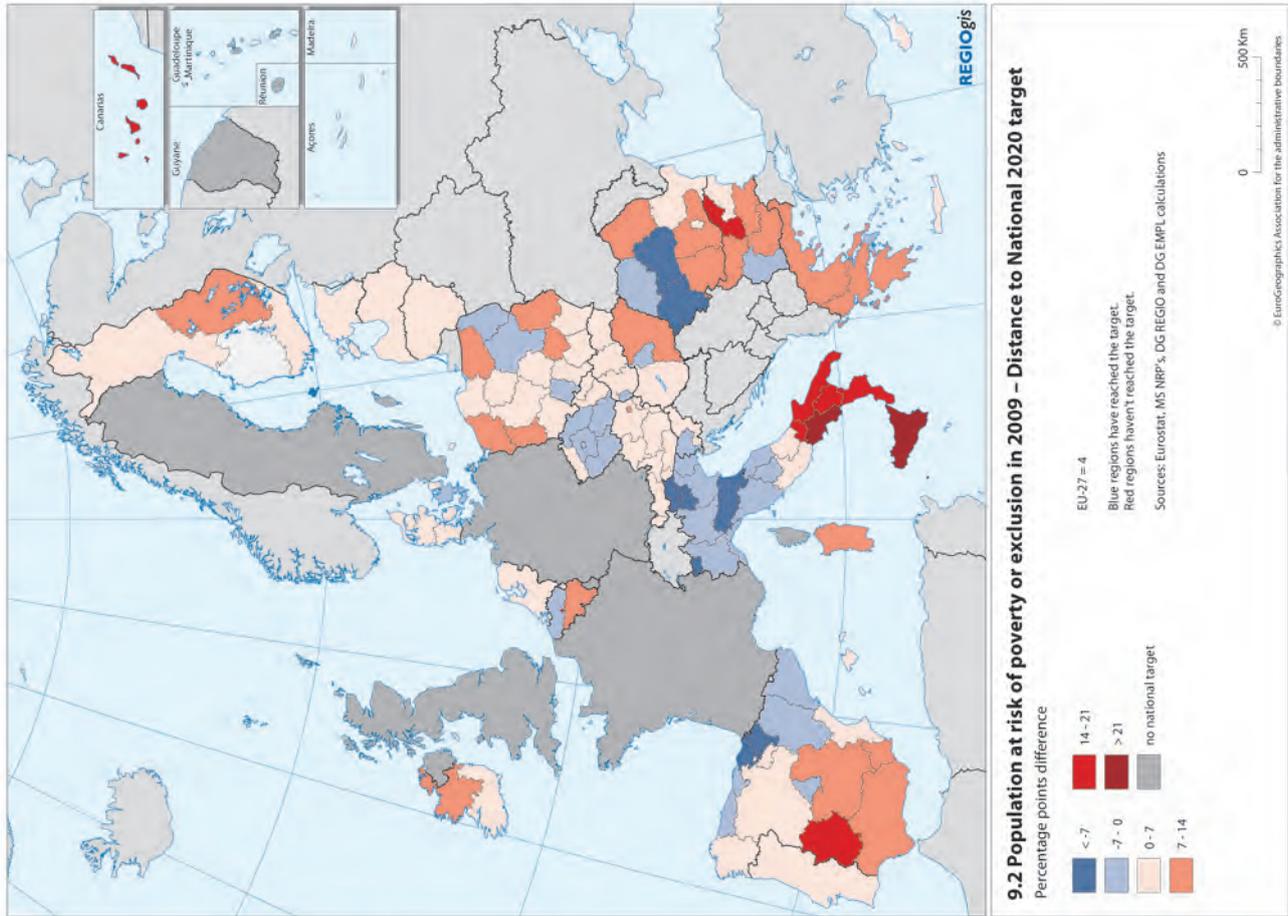
For BE, EL and HU only NUTS1. AT and BE is average 2007-2009.

This table shows the ten regions with the lowest at-risk-of-poverty-or-exclusion rate in 2009

MS	Region	At-risk-of-poverty-or-exclusion rate 2009, in %
FI	Åland	5
IT	Provincia Autonoma Trento	9
ES	Comunidad Foral de Navarra	10
CZ	Praha	10
CZ	Střední Čechy	11
CZ	Severovýchod	12
IT	Provincia Autonoma Bolzano/Bozen	13
CZ	Jihozápad	13
ES	País Vasco	13
CZ	Jihovýchod	13

Note: For DE, FR, NL, PT and UK only national level data was available.

For BE, EL and HU only NUTS1. AT and BE is average 2007-2009.



10. GDP/head 2008

Gross Domestic Product per head in Purchasing Power Standards.

Why does this matter?

Gross domestic product (GDP) is the total value of all goods and services produced within a region in a given period of time. GDP/head is the level of output per inhabitant which is an indication of the average level of economic wealth generated per person. In order to compare regions, it is computed in Purchasing Power Standards (PPS) which eliminates differences in purchasing power due to different price levels between regions.

In general, the level of GDP per head is closely related to global economic performance, in particular to production, factor productivity and employment. Change in time is also used as an indicator of the pace of economic development.

How do the EU regions score?

The geographical distribution of GDP/head underlines large development gaps between EU regions and particularly between the Western and the Central and Eastern Member States. Eight of the top ten regions are located in the West. They are also often capital city regions. At the other end of the spectrum, several regions in Bulgaria and Romania have levels of GDP/head below 30 % of the EU-27 average. The lowest level is 27 % in Severozapaden, Bulgaria.

Regions where GDP per head has increased often host the national capital or a large city. Strong growth is also frequently observed in regions with a low level of GDP/head, like for instance Vest, Romania whose GDP/head is only 51 % of the EU average but whose index has grown by almost 24 percentage points between 2000 and 2008. On the other hand, growth has often been modest in regions with high levels of GDP per head, particularly in Northern Italy or in some capital city regions like Wien or Région de Bruxelles-Capitale. In the latter, GDP/head index decreased from 256 in 2000 to 216 in 2008.

This shows that poor regions are catching up with the rest of the EU and is consistent with the fact that convergence among EU regions in terms of GDP/head has increased. Between 2000 and 2008, the coefficient of variation, which is a statistical measure of regional disparities, indeed decreased by 10%.

This table shows the ten regions with the highest GDP per head in PPS in 2008

MS	Top Ten regions	GDP per head in PPS EU-27 = 100
UK	Inner London *	343
LU	Luxembourg (Grand-Duché) *	280
BE	Région de Bruxelles-Capitale *	216
NL	Groningen **	198
DE	Hamburg	188
CZ	Praha	172
FR	Île de France	168
SE	Stockholm	167
SK	Bratislavský kraj	167
AT	Wien	163

* Overstated due to commuter flows.

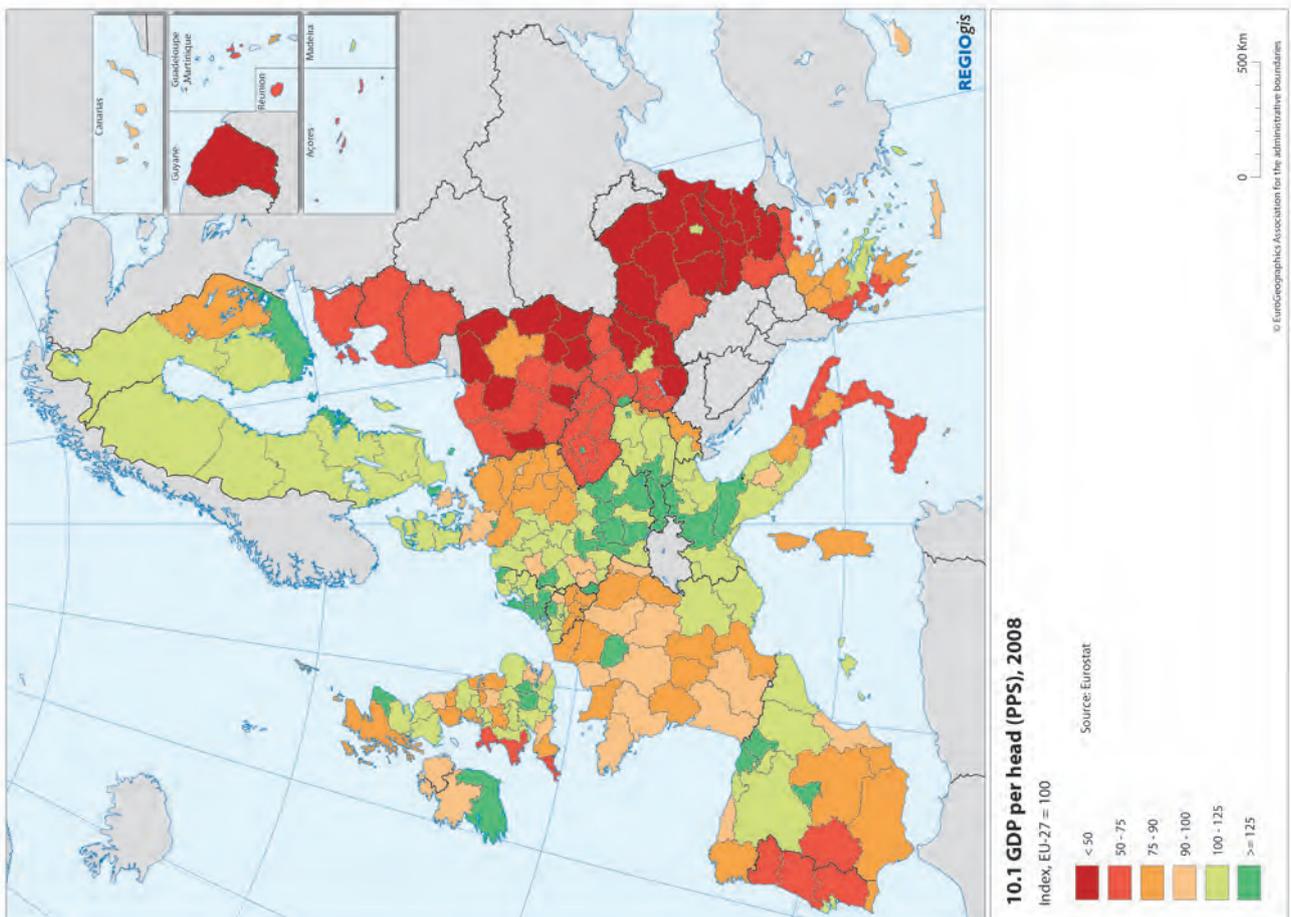
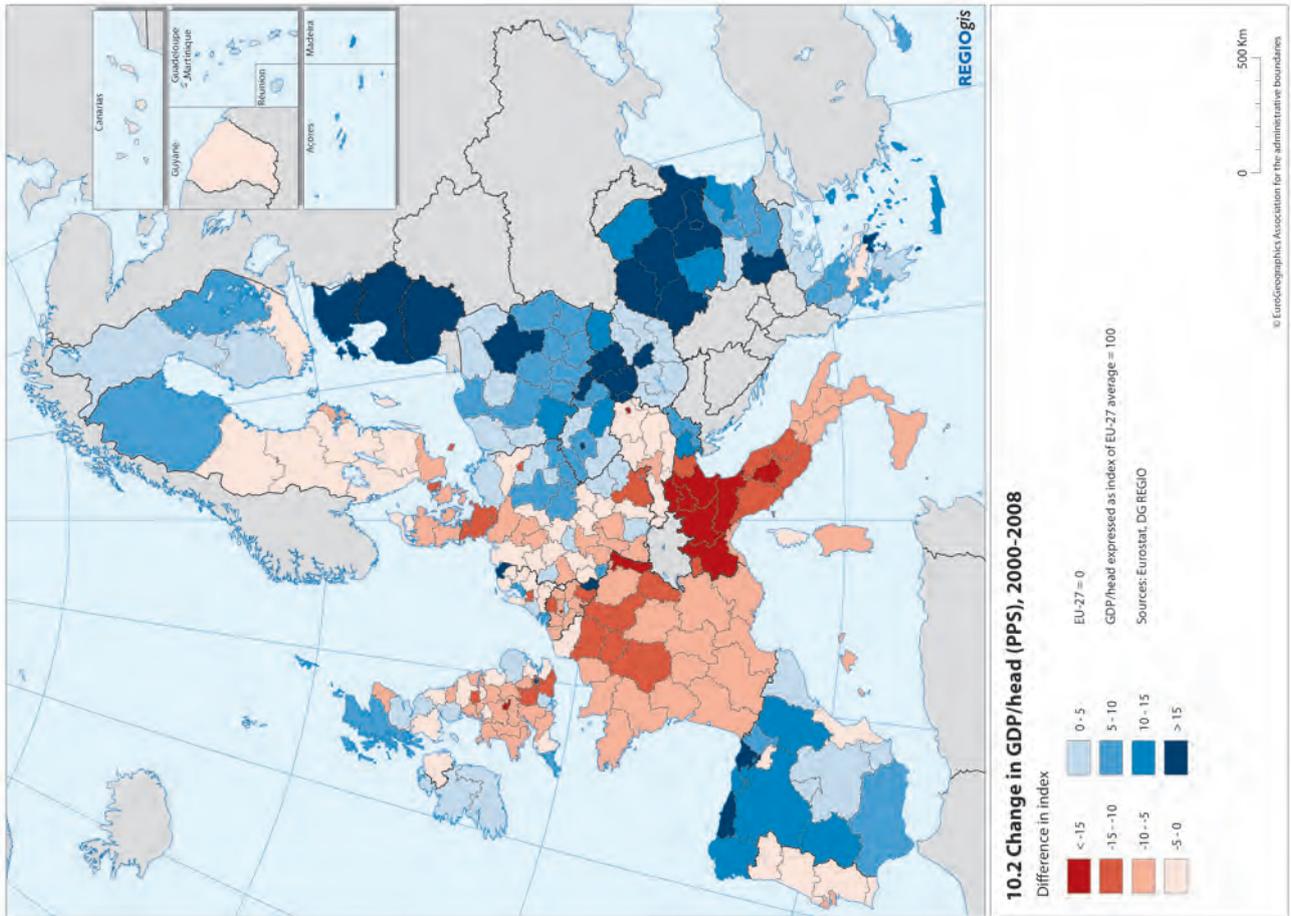
** Overstated due to GVA from off-shore gas production.

This table shows the ten regions with the biggest increase in GDP per head in PPS between 2000 and 2008, in difference in index points

MS	Top Ten Movers	Difference in EU-27 GDP per head index points
SK	Bratislavský kraj	58
RO	Bucureşti – Ilfov	57
NL	Groningen **	48
CZ	Praha	36
BG	Yugozapaden	35
LU	Luxembourg (Grand-Duché) *	35
UK	Inner London *	31
RO	Vest	24
EE	Eesti	23
HU	Közép-Magyarország	22

* Overstated due to commuter flows.

** Overstated due to GVA from off-shore gas production.



Europäische Kommission

**Die städtischen und regionalen Aspekte von Europa 2020
Siebter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt**

2011 — 37 S. — 21,0 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-21726-5

doi:10.2776/50601

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Union.
Die entsprechenden Kontaktdaten finden sich unter <http://ec.europa.eu/>
oder können per Fax unter der Nummer +352 2929-42758 angefragt werden.

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

Kostenpflichtige Abonnements (wie z. B. das *Amtsblatt der Europäischen Union* oder die *Sammlungen der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union*):

- über eine Vertriebsstelle des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union (http://publications.europa.eu/eu_bookshop/index_de.htm).



■ Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-21726-5

